

Volksrecht

für Schlesien



mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditur: Grotische 46, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“ Neue Grotische 46, durch die Zweigstellen: Algenrothstraße 140, sowie durch alle Ausläufer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,06 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsgesellschaft Breslau 2

Verlagsgesellschaft: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 1000 Maler für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 12 Pf., auswärts 15 Pf., Anzeigen unter 1000 Maler 7 Pf., Familienanzeigen, Stellungsanzeigen, Verleihen, Besichtigungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditur Grotische 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Preisabbau-Verprechungen.

Die Reichsregierung hat am Mittwoch ein Communiqué herausgegeben, in dem sie darauf hinweist, daß auf Grund der Erklärung vom 27. August 1925 eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung einer allgemeinen Preissteigerung durchgeführt werden oder in der Durchführung begriffen sind. Weitere Maßnahmen werden vorbereitet. Weiter heißt es in der Regierungserklärung unter anderem: „Im besonderen ist mit Rücksicht auf die mit dem 1. Oktober in Kraft tretende Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 Prozent bei allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft auf eine einheitliche Preisentlastung hingewirkt worden. Auf dem Gebiete der industriellen Erzeugung haben die Verhandlungen mit den Verbänden in einer ganzen Anzahl von Fällen zur Zurücknahme von beabsichtigten Preiserhöhungen und zur Preisherabsetzung geführt. Mit Wirkung vom 1. Oktober sind weitere Preisentlastungen, zum Teil erheblich über das durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer bedingte Maß, gelöst. Gegen eine Reihe von Verbänden, die nach Auffassung der Regierung unbillige Preisentlastungen in letzter Zeit beschlossen haben, ist bereits mit den Mitteln der Kartellverordnung vorgegangen worden. Dem Mißbrauch im Kartellwesen wird mit aller Schärfe begegnet. Auf den Appell der Regierung haben sich die zuständigen Spitzenorganisationen der Industrie und des Handels zur tätigen Mitarbeit zur Verfügung gestellt.“

Insbesondere geht die Regierungserklärung auf die Ernährungskosten ein. Es wird in ihr unter anderem ausgesprochen, daß wichtige Lebensmittel, wie zum Beispiel Getreide und Kartoffeln, im Preise im Verhältnis zum Leberungsdruck nicht niedrig stehen. Es ist Vorsorge getroffen, daß der Brotpreis dem sinkenden Getreidepreis folgt. Die Fleischpreise unterliegen fortgesetzter Kontrolle (1). Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat zur Unterstützung der Maßnahmen der Reichsregierung die jetzt schließlichen Tarifnachlässe für die wichtigsten Lebensmittel vom 1. Oktober ab um 10 Prozent ermäßigt. Bei den Kommunalen werden Preisänderungen wegen der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität usw. aufgenommen werden. Bei der Vergütung von öffentlichen Aufträgen ist der freien Konkurrenz wieder dadurch zur Geltung verholfen worden, daß Anmeisungen, die von den Reichs-Resorts ausgegangen sind, bei der Abgabe der Eingabe genau zu verlangen, ob und welche Vereinbarungen über Preisbildung und dergleichen eingegangen sind. Der Zinssatz für öffentliche Gelder ist herabgesetzt worden. Die mit der Weitergabe betrauten Banken sind verpflichtet, die Zinsermäßigungen ihren Kreditnehmern im vollen Umfange zugute kommen zu lassen.“

Bei dem Bankgewerbe haben die Bemühungen der Reichsregierung folgenden, unserer Meinung nach ungenügenden, Erfolg gehabt: „Das Bankgewerbe wird ungeachtet der schweren Verhältnisse, in denen sich der Geld- und Kreditmarkt derzeit befindet, die Kredit- und Akzeptprovisionen vom 1. Oktober ab um 20 Prozent ihrer derzeitigen Höhe, nämlich von 1/4 auf 1/5 monatlich, ermäßigen und diese Konditionen als normal annehmen. Das Bankgewerbe hofft, einer zulünftigen Beruhigung auf dem Geld- und Kreditmarkt in naher Zukunft durch spätere (1) weitere Erleichterungen seiner Konditionen Rechnung tragen zu können. Die Giro-Provisionen für Kredite der Gold-diskontbank sind bereits von 3 auf 2 Prozent herabgesetzt worden. Auch die Girogebühren der Banken bei Reichsüberweisungen sind in Fortfall gekommen. Die Reichsbank wird bei ihrer Kreditgewährung auf die Einhaltung der vom Reich bei ihren Preisentlastungsmaßnahmen befolgten Grundsätze Bedacht nehmen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Reichsregierung auch weiterhin stützen. Insbesondere wird die Reichsbank die Kreditgesuche derjenigen Kreise einer besonderen Nachprüfung unterziehen, die in letzter Zeit Preiserhöhungen für ihre Waren und Erzeugnisse vorgenommen haben.“

Die Gesetzesvorlage über die Aufhebung der Geschäftsaufsicht wird so gefördert werden, daß sie den Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt beschäftigen kann.“

Dazu schreibt der „Soz. Pressedienst“:

„Es soll nicht geleugnet werden, daß die im Reichswirtschaftsministerium mit der Preisentlastungsaktion betrauten Beamten und andere Stellen, z. B. das Polizeipräsidium in Berlin, vielfach auch die Preisprüfstellen usw. mit allem Eifer an die Aufgabe der Beseitigung von unbegründeten Teuerungsfaktoren herangegangen sind. Es ist auch zu bedenken, daß sich die ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem bestimmten Termin, wie es sich Dr. Lütfer anscheinend vorgestellt hat, voll auswirken können. Wenn hier und da Erleichterungen geschaffen worden sind, muß der Bericht der Reichsregierung, der gewissermaßen als eine Vorbilanz für einen Preisabbau anzusehen ist, doch als recht rosarot gefärbt und reichlich optimistisch bezeichnet werden. Wie die Dinge augenblicklich stehen, zeigt am besten der Preisindex für die Lebenshaltung, der für den Monat September so gut wie unverändert geblieben ist. Im übrigen wird festzustellen sein, daß der Monat September eine nicht unwesentliche Verschärfung der Teuerung gebracht hat und daß das Preisniveau gegenüber dem Frühjahr 1925, wo die Auswirkungen der Zölle usw. erst

anfangen in Erscheinung zu treten, sich bedeutend gehoben hat. Wo die Großhandelspreise zurückgegangen sind, ist die rückläufige Preisbewegung nicht für die Regierung zu buchen. Dagegen muß man ihr den Vorwurf machen, daß sie die Senkung der Großhandelspreise nicht auf Kleinhandelspreise übertragen konnte. Z. B. sind die Roggenpreise und Großhandelspreise für Mehl zurückgegangen. Der Brotpreis hat sich dementsprechend nicht gesenkt und der Mehlpreis (im Kleinhandel) ist sogar zum Teil gestiegen.“

Im übrigen können wir nur warnen, den Prophezeiungen des Kommuniqués, das ja unbegreiflich hoffnungsvoll geklungen ist, Glauben zu schenken, um bittere Enttäuschungen zu vermeiden. Das Kommuniqué spricht z. B. davon, daß die Spitzenverbände sozusagen Feuer und Flamme für die Preisentlastung sind. Die Feststellungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie am Dienstag, wonach Schritte des Reichswirtschaftsministeriums auf dem Kartellgebiet nur noch im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie getan werden sollen, besagen etwas ganz anderes. Doch diese Äußerung des Reichsverbandes, die durch eine Erklärung der Reichsregierung wohl ein ganz klein wenig abgemildert, aber durch den Reichsverband noch nicht fertiggestellt worden ist, läßt sich auch das im Kommuniqué erwähnte Vorgehen des Reichswirtschaftsministeriums gegen den Kartellvertrag in einem äußerst eigentümlichen Licht erscheinen. Wenn man die Haltung des Reichsverbandes in der Kartellfrage, die ja für die ganze Frage der Preisentwicklung von größter Bedeutung ist, verallgemeinert, so dürfte festzustellen sein, daß sich das deutsche Unternehmertum gegen eine weitere Preisentlastung hemmt.“

Also Vorsicht gegenüber den Verprechungen der Lutherregierung, die zugleich die notwendigen Lohnherabsetzungen als unerlässlich erscheinen lassen wollen. Die Wirkung der Zölle, die zunächst infolge der vorhandenen Vorräte noch nicht voll zur Geltung kommt, wird durch die kleinen Mittel der Reichsregierung auf die Dauer kaum auszugleichen sein.

Und der Teuerungsindex?

Das Reichsstatistische Amt teilt mit: Die Preisindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September mit 144,9 gegen 145,0 im Vormonat nahezu unverändert geblieben.

Trotz des weiteren Anstieges der Preise für Fleisch, Mostereierzeugnisse und Eier sind die Ernährungsausgaben infolge der Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Gemüse um rund 1 vom Hundert zurückgegangen. Dagegen haben sich die Wohnungsmiete und die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung erhöht.

Das Reichsstatistische Amt stellt eine Senkung der Lebenshaltungskosten auf 144,9 von 145 fest. Das klingt schon wesentlich anders als die Schilderungen der Regierung.

Die Preisindexziffer für die Lebenshaltung, war nach der neuen erweiterten Rechnungsart seit Februar 1925 folgender Entwicklung unterworfen:

Februar 1925	= 135,6	fache des Friedensstandes
März	= 136	„
April	= 136,7	„
Mai	= 135,5	„
Juni	= 138,3	„
Juli	= 143,3	„
August	= 145	„
September	= 144,9	„

Selbstverständlich wird die Arbeiterkassette aus dem offenen Fehlschlag der Preisentlastungsaktion, für die ja die Unternehmer besondere Verantwortung tragen, die nötigen Konsequenzen ziehen.

Die Konsumvereine müssen helfen.

Am Mittwoch nachmittag die Vertreter des Zentralverbandes und des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine zu einer Aussprache über die Möglichkeiten einer weiteren Preisentlastung. Die Vertreter der Konsumvereine erklärten sich bereit, die eingeleitete Preisentlastung mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Konsumvereine werden darauf Bedacht nehmen, daß ihre Verkaufspreise unter sparsamster Kalkulation festgesetzt werden.

Ueberschusswirtschaft.

Steigende Erträge bei Massensteuern.
Von Dr. Paul Herz.

Obwohl die neue Steuerreform erst vor wenigen Wochen zum Abschluß gebracht worden ist, regt sich überall die Kritik. Von dem Ewigkeitswort, den diese Steuerreform haben sollte, ist nicht viel übrig geblieben. Soweit die Kritik darauf hinzielt, daß das Reich mehr Steuern erhebe, als seinen eigenen Schätzungen entspricht, ist sie berechtigt. Berechtigt ist sie auch, soweit der Vorwurf erhoben wird, daß das Reich mehr einnehme als es erlaubt. Zwar liegen bisher nur die Nachweisungen über die Einnahmen des Reichs für die ersten fünf Monate des Rechnungsjahres 1925 vor. Auch darf man nicht außer acht lassen, daß einige der beschlossenen Steuerentlastungen erst vom 1. Oktober ab wirksam werden, und daß andere erst in den nächsten Monaten ihre volle Auswirkung erzielen. Schon jetzt aber zeigt sich, daß die Finanzentwicklung des Reiches trotz alledem recht günstig ist und sofern nicht eine katastrophale Zuspitzung unserer Wirtschaftsverhältnisse erfolgt, auch günstig bleiben wird.

In den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres 1925 hat das Reich eine Einnahme von 3062 Millionen erzielt statt der erwarteten 2645 Millionen, mithin einen Ueberschuss von etwa 360 Millionen. Die Eingänge in den einzelnen Monaten sind zwar verhältnißmäßig hoch, am höchsten waren sie im Juli mit 713 Millionen, am niedrigsten im August mit 523 Millionen. Aber diese Unterschiede beruhen auf den verschiedenen Zahlungsterminen und haben für die Gesamtbewegung keine ausschlaggebende Bedeutung. Vor allen Dingen berechtigen sie nicht zu der Annahme, daß der Ertrag der Reichssteuern künftig in keinem Monat höher sein werde als der Ertrag im Monat August.

Das wird ohne weiteres deutlich, wenn man die Entwicklung des Ertrages der einzelnen Steuern innerhalb der Monate April bis August betrachtet. Wohl aber ist schon heute eines klar: nämlich der dauernde Rückgang der Besitzsteuern. Es erbrachten in Millionen Mark die Steuern auf:

	Ein- kommen	Körpers- schaften	Ver- mögen	Erbs- schaften	Kapital- werthe	Zu- sammen
April	85	23	20	3	16	157
Mai	64	23	33	3	12	135
Juni	32	8	14	3	11	68
Juli	131	30	7	2	10	180
August	26	5	6	1	7	55

Sieht man von dem Monat Juli ab, dessen hohe Einnahmen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer aus den Abschlußzahlungen für das Jahr 1924 und den Quartalszahlungen sich ergeben, so ist der dauernde Rückgang der Einnahmen aus den wichtigsten Besitzsteuern ganz unverkennbar. Von 157 Millionen im April und 135 Millionen im Mai ist der Ertrag auf 55 Millionen im August zurückgegangen, er bleibt somit noch um 13 Millionen hinter dem niedrigen Ertrag im Juni zurück, obwohl auch in diesem Monat kein bedeutender Zahlungstermin vorhanden war.

Umgekehrt ist jedoch die Entwicklung bei den Massensteuern. Ihr Ertrag ist nicht nur stabil, sondern zeigt deutlich die Tendenz zum Steigen. Es erbrachten in Millionen Mark:

	Lohn- steuer	Umsatz- steuer	Beförderungs- steuer	Zölle u. v.	Zusammen
April	126	137	26	148	437
Mai	137	116	26	144	423
Juni	132	118	28	160	438
Juli	119	146	31	182	478
August	115	117	31	168	431

Bedeutend ist jedoch die Entwicklung bei den Massensteuern. Ihr Ertrag ist nicht nur stabil, sondern zeigt deutlich die Tendenz zum Steigen. Es erbrachten in Millionen Mark: Lediglich die Lohnsteuer weist also einen Rückgang des Ertrages auf. Er ist aber verhältnißmäßig unbedeutend und wird im nächsten Monat ohne Zweifel fast vollkommen wieder ausgeglichen sein. Alle übrigen Massensteuern haben steigende Erträge. In dem Quartalsmonat Juli ist die Umsatzsteuer mit 146 Millionen um 9 Millionen höher als im Quartalsmonat April, der nur 137 Millionen erbrachte. Auch in den übrigen Monaten ist die Umsatzsteuer gestiegen. Das gleiche gilt von den Beförderungssteuern, den Zöllen und den Verbrauchssteuern. Obwohl dieser Mehrertrag noch auf den alten Zoll- und Steuererträgen beruht.

Vergleicht man die Erträge der Steuern mit den Schätzungen des Reichswirtschaftsministeriums, so ergibt sich ein sehr interessantes Bild. Die harte Tatsache, daß das Reichsfinanzministerium Schätzungen den Ertrag sämtlicher

unterstützt hat, während es gleichzeitig den Ertrag der Besitzsteuern erheblich überhöhte. Es fällt außerordentlich schwer, dabei an einen Zufall zu glauben. Vielmehr drängt sich die Meinung auf, daß analog dem berühmten Helferichschen Vorbild in der Kriegszeit auch jetzt wiederum absichtlich mit falschen Zahlen gearbeitet wird. Denn warum sollte man, wenn man den Ertrag der Massensteuern richtig zu schätzen vermag, nicht auch die Kunst verstehen, die Einnahmen aus den Besitzsteuern ungefähr richtig anzugeben.

Von dem Gesamtsteuerertrag von 3062 Millionen entfallen jetzt 2207 Millionen auf die Massensteuern, also 72 Prozent. Künftig wird das Verhältnis zwischen Besitzsteuern und Massensteuern noch ungünstiger sein. Mit dem 1. Oktober tritt zwar die Senkung der Umsatzsteuer in Kraft, gleichzeitig aber werden sich auch die Ermäßigungen der Besitzsteuern in vollem Maße auswirken. Ferner beginnen mit diesem Zeitraum die erhöhten Zölle und Verbrauchssteuern. Alles in allem läßt sich annehmen, daß dadurch die beabsichtigten Auswirkungen der Steuerreform: Entlastung des Besitzes und stärkere Belastung des Arbeitseinkommens und Verbrauchs voll eintreten werden.

Es liegt deshalb gar keine Veranlassung vor, dem Geschrei der kapitalistischen Gruppen nach Abbau der Besitzsteuern Rechnung zu tragen. Die Einkommen- und Vermögenssteuern in Deutschland sind niedriger als im Ausland und rechtfertigen nicht den hohen Stand der Preise. Auch ohne Ermäßigung dieser Steuern ist das Verlangen nach Abbau der Preise berechtigt. Was wir brauchen ist eine starke Ermäßigung der Lohnsteuer zum Ausgleich für ungenügende Lohnerböhrungen und die Beseitigung der Umsatzsteuer überhaupt. Die langsame und allmähliche Senkung der Umsatzsteuer hat sich, wie wir Sozialdemokraten immer betont haben, als ein Fehler erwiesen. Sie ist nur dem Profit der Unternehmer zugute gekommen. Deshalb wird die Sozialdemokratie entsprechend dem Beschluß des Heidelberger Parteitages mit aller Kraft für den Abbau der Massensteuern und gegen die weitere Senkung der Besitzsteuern eintreten.

Sie wird sich dabei zugleich von dem Ziel leiten lassen, zu verhindern, daß die Rechtsregierung größere Steuermittel erhält, als sie durch die notwendigen Ausgaben bedingt werden. Schon jetzt wieder hört man Gerüchte, daß die Rechtsregierung Liebesgaben an kapitalistische Unternehmen plane, und aus Reichsmitteln Kredite an die Industrie gewähre, die die Reichsbank zu geben nicht berechtigt ist. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Wiederherstellung der Einfuhr-Liebesprämie an die Großagrarier nur möglich gewesen ist, weil man die entsprechenden Mittel durch die hohen Massensteuern bezieht. Auch wie vor ist nämlich die Finanzpolitik der Rechtsregierung von dem Willen geleitet, durch Besenkung der Umsatz der kapitalistischen Kreise zu erwerben, auch wenn das mit schweren Schädigungen für die deutsche Wirtschaft und die Masse der Bevölkerung verbunden ist.

Rechtens eines kaiserlichen Volksgerichtsrats. Der Reichstag hat bekanntlich am 4. Juli d. J. durch ein besonderes Gesetz das Wiederverwehrgesetz gegen Artikel des bayerischen Volksgerichtes anerkennen lassen. Der Grund dieses Gesetzes kam nunmehr der erste Fall der Wiederverwehrgesetze vor dem bayerischen Volksgericht zur Verhandlung. Es handelte sich um den vor drei Jahren erfolgten Einbruch in die Sanitätskassette in Augsburg. Täter war der 25jährige Bedienstete Otto Gaudert, der trotz seines freimüthigen Geständnisses am 2. Februar 1923 vom Volksgericht zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Seiner jetzigen Verurteilung, die sich lediglich auf das außerordentliche Strafmaß erstreckte, gab nun das bayerische Volksgericht Aufhebung und hat, in dem es statt auf zwölf auf acht Jahre Zuchthaus erkannt.

Auch Rom und Brüssel weisen Stresemanns Kriegsschulderklärung zurück.

Rom, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Infolge ihrer grundsätzlichen Stellung zu den Friedensverträgen und ihrer abwardenden Haltung gegenüber den Sicherheitspaktverhandlungen hat die italienische Regierung in ihrer Antwort auf die deutsche Verbalnote keine andere Richtung eingeschlagen als London und Paris. Voraussetzungsweise wird die italienische Delegation in Locarno aus der bisherigen Zurückhaltung hinsichtlich nicht herabzusetzen, damit sie ihre Instruktionen von Mussolini einholen mag, der in Rom bleibt.

Gestern nachmittag wurde folgendes Schreiben Banderfeldes an den deutschen Botschafter in Rom veröffentlicht: Die belgische Regierung ist glücklich, die Note entgegenzunehmen, mit welcher die Reichsregierung die ergangene Einladung zur Konferenz von Locarno am 5. Oktober annimmt. Die belgische Regierung bemerkt die belgische Regierung, daß die Annahme mit keinerlei Vorbehalten verbunden ist. Als Antwort auf die Erklärungen, die Sirs Grollens der Übermittlung der Note anfügten, ohne übrigens daran die Bedingung der Annahme zu knüpfen, glaubt die belgische Regierung sich auf folgende Bemerkungen beschränken zu können:

Günstiglich der Nennung der Kölner Zone und der Frage der Entschärfung des Grenzgebietes erhebt sich die belgische Regierung zu bemerken, daß es vom Reich selbst abhängt, die Lösung, die es wünscht, zu beschleunigen durch Ausübung der Verpflichtungen, an welche es die Note vom 4. Juli 1925 erinnert hat. Was die Frage der Kriegsverantwortlichkeit betrifft, so ist diese durch das Protokoll des Faltes nicht angetastet. Uebrigens, was Belgien angeht, so ist die Frage nicht nur durch die „Vollst. Jg.“ aus den Parteilärerungen vollkommenen, die Aufgabe dieser Erklärung durch die belgischen Vertreter unter Ausschaltung der anderen Parteien der Regierungskoalition erzwungen.

Die belgische Antwort unterscheidet sich nur in der Form von den Noten, durch die Frankreich und England die Entschärfung der Kriegsschuldfrage zurückgewiesen haben. Der schwere Schlag, der so der deutschen Politik zugefügt wurde, besteht außer Stresemanns dem deutschen nationalen Standpunkt. Denn, wie sich herausstellt, haben die belgischen Reaktionen, so kann die „Vollst. Jg.“ aus den Parteilärerungen vollkommenen, die Aufgabe dieser Erklärung durch die belgischen Vertreter unter Ausschaltung der anderen Parteien der Regierungskoalition erzwungen.

Thätigkeit bei Stresemann.

Der gestern in Berlin eingetroffene russische Außenminister Thätigkeit folgt, nachdem er mittags seine Karte beim Reichskanzler Dr. Brüning abgegeben hatte, abends mit dem russischen Botschafter in Berlin, Krasnow, einer Einladung zum Abendessen beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann, an dem Deputierte des Auswärtigen Amtes, Diplomaten, Politiker und Wirtschaftler teilnahmen.

Alene Auslandsnachrichten.

Die französische Offiziere in Marokko, die durch die ungenügende Ausrüstung vertrieben worden sind, hat am Mittwoch begonnen. Die französischen Truppen sind in drei Kolonnen von Alene aus südlich auf Haus-Morona vorgerückt. Die Operationen sollen zwei Tage dauern. Reichschef Petain, begleitet von General Koller, hat sich auf den Kriegsschauplatz begeben.

Oppositionelle Kräfte in Russland. Der Volkskommissar Kamenow, eines der Mitglieder des regierenden Direktoriums, hat, wie in der „Pravda“ vom 18. September mitgeteilt wird, in einer Rede im Plenum des Moskauer kommunistischen Parteikongresses mit Belangvoll festgestellt, daß in letzter Zeit in die russische kommunistische Partei erneut Strömungen eingebracht seien, die ihr offensichtlich feindlich gegenüberstünden. Kamenow meinte mit, daß ein Mitglied der „Bolschewik-Organisation“, aus dem Kamenow ironisch als „Madamer“ bezeichnet wurde, im Namen seiner Gruppe ein Dokument verfaßt habe, in dem die russische Lage des Sowjetstaates getrennterhandelt werde. In diesem Dokument heißt es:

Es gibt nur einen Ausweg: man muß die Revolution retten, indem man mit dem kapitalistischen Westen zu einer Verständigung gelangt, und zwar auf breiter Grundlage; man muß es ablehnen, abenteuerliche Methoden vom Westen nach dem Osten zu übertragen und dies um so mehr, als die imperialistischen Mittel und Wege finden werden, um sich den neuen Bedingungen im Osten anzupassen. Eine Verständigung mit dem Westen muß auf einer Änderung unserer Gelehrsamkeit beruhen. Man muß bereit sein, das Lenin schon im Jahre 1917 die Möglichkeit eines Rückganges auf die Stellung der bürgerlichen Demokratie vorzuschlagen.

Das Kamenow den Verfasser dieses Dokuments beschimpft und seinen Ausschluß aus der Partei anzeigt, ist weniger von Interesse. Das es aber selbst innerhalb der „Bolschewik-Organisation“ der kommunistischen Partei Russlands so weit gekommen ist, läßt tief blicken.

Bedeutungsvolle Beschlüsse des englischen Arbeiterparteitages.

Liverpool, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) In einer Atmosphäre, die im Vergleich zu der kommunistischen Debatte am Dienstag ausgeprägter ruhig war, erörterte der Parteitag der Arbeiterpartei am Mittwoch die vom Parteivorstand eingebrachten grundsätzlichen Entschlüsse zur allgemeinen Politik und zur Politik des englischen Weltreiches. Die angesehene Entscheidung über Indien betraf den Antrag des indischen Volkes zur Selbstbestimmung; die gegenwärtige Lage Indiens machte sofort Schritte zur Schaffung einer mit den Wünschen des indischen Volkes in Einklang stehenden Verfassung zur dringenden Notwendigkeit. In der Entscheidung über Ägypten protestiert die Arbeiterpartei gegen den gegenwärtigen gescheiterten Zustand in Ägypten und fordert die Überweisung von Streitfragen über den Einfluß in den Verkehr des Sueskanals, über den Sudan und die Wälder des Nils an den Völkerbund. In einer umfangreichen, von Macdonald eingebrachten Entscheidung zur allgemeinen Politik der Arbeiterpartei wird die bisherige Linie der Partei bestätigt und für die Zukunft eine Politik schrittweiser Verwirklichung des Sozialismus mit demokratischen Mitteln gefordert. Sämtliche Verträge kommunistischer Delegationen, die bis zum Schluß des Parteitages noch sich und Stimme behalten, die vom Parteivorstand eingebrachten Entschlüssen durch radikalere zu ersetzen oder die Verhandlungen durch ständige kommunistische Diskussionsreden aufzuhalten, wurden von dem Parteitag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Verhandlungstag schloß mit einer mit größter Leidenschaft geführten Debatte über die Frage der Regierungübernahme durch die Partei ohne parlamentarische Mehrheit. Die Ausprache, die in allen Einzelheiten an die Debatte über Koalitionspolitik innerhalb der sozialistischen Parteien des Kontinents gemacht, entwickelte sich zu einer neuen großen Auseinandersetzung zwischen rechts und links. Nachdem eine Reihe führender Gewerkschaftler leidenschaftlich gegen jegliche sozialistische Minderheitsregierung gesprochen hatte, polemisierte Macdonald in einer Rede, in der er auf die historischen Verdienste der ersten englischen Arbeiterregierung hinwies, gegen jede Festlegung der Partei in dieser Frage. Auch hier erlitt die Linke bei der Abstimmung eine vernichtende Niederlage.

Forderungen der polnischen Sozialisten.

Der Warschauer „Robotnik“ berichtet, daß der oberste Parteikongreß der polnisch-sozialistischen Partei eine Reihe wichtiger Beschlüsse innerer und außerpolitischer Natur gefaßt hat. Die Wirtschaftspolitik Polens ist auf der Konferenz in den schärfsten Farben geäußert worden und als Ursachen die den Staat ruinierende Politik der bestehenden Klassen, sowie in der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland und mit Rußland erörtert worden. Einen Ausweg könne man nur durch Bearbeitung und Verwirklichung eines Wirtschaftsprogramms finden. Nur eine sozialistische Regierung, die diese Aufgabe ohne Sonderabmachungen durchführen in der Lage sei, dürfe an der Spitze des Staates stehen. In den Resolutionen spricht sich der Parteirat für die Beibehaltung aller Errungenschaften der Arbeiter aus. Er lehnt sämtliche Pläne ab, die das polnische Wirtschaftsleben der Diktatur des fremden Kapitals unterordnen würden, desgleichen die Politik des radikalen Protektionismus und fordert die Einstellung der polnischen Handelspolitik auf Handelsverträge, Verstaatlichung der Schwerindustrie und derjenigen Werte, die unfähig zur Leitung der Betriebe sind, Reduzierung der Ausgaben für das Heer, sowie für die Verwaltung des Innenministeriums, Ermäßigung der Preise für Rohstoffe und Zucker, Eindämmung der Teuerung, sowie die Hinzugiehung der Vertreter der Arbeiter und der Intellektuellen zum Staatswirtschaftsrat.

Die Kräfte der deutschen Delegation nach Locarno finden am Freitag abend statt, die Ankunft am Sonnabend abend. Die amerikanische Schuldenkommission hat bei den Verhandlungen am Mittwoch ihre vorgeschlagenen Jahreszahlungen um 30 Millionen Dollar ermäßigt. Die französische Delegation steht in diesem Zusammenhang einen wichtigen Schritt für eine endgültige Einigung. Beibehaltung nationalindischer Führer. In Verbindung mit einem Ueberfall auf einen Passagierzug, den eine zwanzigköpfige Bande von Wegelagerern vor einigen Wochen bei Katorin in der Nähe von Lucknow verübt hat, ist jetzt eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den festgenommenen befinden sich hervorragende Mitglieder des Nationalindischen Kongresses.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Der Spieler.

Ein Roman von K. M. Dorsjewski.
(Aus den Aufzeichnungen eines jungen Mannes.)

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

„Guten Abend, lieber Herr Kommissar!“, sagte sie und neigte langsam und würdevoll den Kopf. „Katholische, daß ich dich noch einmal begrüßen darf; vergesse nicht, daß ich dich noch einmal begrüßen darf.“

Ein Weltparlament.

Auf der Fahrt nach Washington.

An Bord der „Bremen“, 20. September.

Am 1. Oktober tritt in Washington die 23. Konferenz der Interparlamentarischen Union zusammen. Die Union ist eine Vereinigung von Parlamentariern aller Länder mit dem Ziele einer besseren Verständigung der Völker. Ein dauerndes interparlamentarisches Büro in Genf, ein Conseil (Oberster Rat), ständige Arbeitsausschüsse und ein jährlich tagender Kongress sind die Organe der Interparlamentarischen Union. Auch diese internationale Verständigungsarbeit war durch den Krieg unterbrochen worden. Man hat aber bald nach dem Friedensschluß die Fäden wieder anzuknüpfen verstanden. Etlliche Schwierigkeiten, die unmittelbar nach dem Kriege von bürgerlichen Abgeordneten Frankreichs und Belgiens wegen der Zusammenarbeit mit Deutschen gemacht worden waren, können als überwunden gelten. Die Mitgliederzahlen der Interparlamentarischen Union sind erheblich gewachsen, auch in Deutschland, wo sich erst nach dem Kriege die Sozialisten der Organisation angeschlossen haben. Jetzt sind die Sozialdemokraten die weitaus stärkste Fraktion der deutschen Gruppe. Neuerdings haben sich in Deutschland in wachsendem Maße auch Mitglieder von Rechtsparteien, deren Führung sonst den Nazifismus ablehnt, der Union angeschlossen: Deutsche Volksparteiler, Deutsche Volksparteiler, Deutsche Nationalen. In der nun nach Nordamerika reisenden Gruppe deutscher Parlamentarier sind allerdings Deutschnationalen nicht vertreten. Der delegierte deutschnationalen Abgeordnete Professor Dr. H o e s c h macht die Reise trotz vorheriger Anmeldeung doch nicht mit.

Die reiche Tagesordnung des Kongresses in Washington kennzeichnet die weite Gen und weiten Arbeitsgebiete der Interparlamentarischen Vereinigung. Die Beratungen umfassen: Panamerikanische Union; Entwicklung des internationalen Rechts; a) Kodifikation des internationalen Rechts, b) Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten, c) Verbreiterischer Charakter des Angriffskrieges; europäische Zollvereinbarung; nationale Währungsheiten; der Kampf gegen schädliche Drogen (Mißbrauch von Betäubungsmitteln (Opium, Kokain); die Einschränkung der Rüstungen; a) entmilitarisierte Zonen, b) Pläne und Methoden für die Einschränkung der Rüstungen; das parlamentarische System; gegenwärtige Krisis und Abhilfe dagegen.

Es handelt sich also um zeitgemäße und gewaltige Probleme. Wie versucht die Interparlamentarische Union, ihnen gerecht zu werden? Die Lösung ist nicht leicht, wenn man bedenkt, daß nicht nur zwischen den verschiedenen nationalen Vertretungen, sondern auch innerhalb dieser ein Ausgleich gesucht werden muß, denn in jeder nationalen Delegation sind mehrere Parteien vertreten, die mit sehr verschiedenen Auffassungen an die zur Lösung stehenden Fragen herantreten. Die Schwierigkeiten sind also noch wesentlich größer, als etwa auf einem internationalen Sozialistenkongress, der nur Mitglieder mit denselben Grundansatzungen vereint. Wenn schon ein internationaler sozialistischer Kongress den wirtschaftlichen und politischen Eigenarten jedes Landes einen gewissen Spielraum gewähren muß, so sind diese unvermeidlichen Rücksichten naturgemäß bei der auch parteipolitisch so sehr verschiedenen zusammengesetzten Interparlamentarischen Union noch sehr viel größer. Bindende Beschlüsse zu fassen, ist noch unmöglich. Man muß sich mit einem klärenden Studium der Fragen begnügen und sich darauf beschränken, für ihre nationale und internationale Behandlung Richtlinien zu empfehlen. Daneben ist der Wert nicht zu unterschätzen, der in der persönlichen Fühlungnahme so vieler in ihrem Lande einflussreicher Politiker mit den Kollegen der verschiedensten Länder besteht. Insbesondere die Kommissionsarbeit dürfte nicht ohne nachhaltige Wirkung auf die Beteiligten sein.

In der allgemeinen weltpolitischen Debatte wird für die Deutschen Reichstagspräsident Genosse L ö b e das Wort nehmen; in den Fragen des internationalen Rechts wird neben den Berichterstattern, dem amerikanischen Senator Kopf und dem Vizepräsidenten des belgischen Senats, Genossen La Fontaine, der deutsche Abgeordnete Professor Schilling sprechen. Für die Kommission der ökonomischen und finanziellen Fragen ist Genosse Dr. Wolf Braun Berichterstatter. Er legt der Konferenz Vorschläge zugunsten einer europäischen Zollunion vor: Stufenweise Herabsetzung der auf Waren des notwendigen Bedarfs gelegten Einfuhrabgabe und die Abschaffung der sonstigen, den Handel fesselnden Hindernisse. Für die Einschränkung der Rüstungen sind der englische General Spears, der während des Krieges Verbindungsoffizier zwischen der britischen und der französischen Armee gewesen ist, und der ehemalige Verteidigungsminister Danemars, Dr. P. Münch, die Berichterstatter. Die deutsche Gruppe läßt in diesen für Deutschland besonders zeitgemäßen Fragen die Delegierten Professor D u i b b e (Dem.), Dr. G i l d e m e i s t e r (D. Vp.) und Genossen S o l l m a n n (Soz.) arbeiten, die vermutlich auch im Plenum sprechen werden. Während der Versailler Vertrag Deutschland eine einseitige Entmilitarisierung aufzwingt, gehen die Vorschläge dieser Kommission, an denen die Deutschen entscheidend mitgewirkt haben, auf entmilitarisierte Zonen auf beiden Seiten der Grenze und nicht auf Zwang, sondern auf freiwillige Abmachungen zwischen den beteiligten Staaten hinaus. Hinsichtlich der Rüstungsbeschränkung beschränken sich die Vorschläge grundsätzlich zu der Inangriffnahme der Abrüstung.

Unverkennbar ist eine Krisis des parlamentarischen Systems vorhanden. Die Krisis des Parlamentarismus ist scharf und allgemein. Die Vorschläge zur Reform sind aber sehr dürftig. Es wird der Konferenz in Washington eine Kommission vorgeschlagen werden zum Studium der politischen und Organisationsfragen. Es soll eine Erhebung über das parlamentarische System in den verschiedenen Ländern veranstaltet werden, deren Ergebnis einer künftigen Konferenz als Bericht vorgelegt werden soll. Falls über die Frage des parlamentarischen Systems in Washington schon debattiert werden sollte, wird vermutlich für die Deutschen Josef W i r t z das Wort nehmen.

Die Konferenz wird vom 1. bis zum 7. Oktober in Washington und am 12. und 13. Oktober in der kanadischen Hauptstadt Ottawa tagen, in beiden Städten im Parlamentsgebäude. Den Teilnehmern der Konferenz werden mehrere offizielle Empfänge, so auch durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, geboten werden. Regierung und Parlament der Vereinigten Staaten haben großen Wert darauf gelegt, hunderte Parlamentarier aus vielen Ländern in Washington zu vereinen, und auch die amerikanische Presse begrüßt den Kongress sehr freundlich.

Schlesisches im Landtag.

Ein neuer Weiberkandal des früheren Kronprinzen? Eine Tuberkulose-Heilanstalt in Breslau?

Der Preussische Landtag verabschiedete am Mittwoch einen Entwurf zur Vereinfachung der Verwaltung der Hohenzollernschen Lande. In der Aussprache schnitzte der deutschnationalen Abg. Bachem sehr schlecht ab, der seine unkonventionellen Methoden besonders vom Zentrum vorhalten bekam. Dann wurde die Vorlage en bloc verabschiedet und das Haus begann die Einzelaussprache zum Haushaltsjahr.

Abg. Müller-Breslau (Soz.) bringt im Zusammenhang mit der Forderung der Sozialdemokratischen Fraktion auf baldige Schaffung eines Irrenkrankenhauses den Fall eines Lokomotivführers in Dels zur Sprache. Der Lokomotivführer, der dem ehemaligen Kronprinzen vorsteht, er unterhalte mit seiner (des Lokomotivführers) Tochter ein Verhältniss, wurde im August 1924 für unfähig erklärt und interniert. (Bewegung.) Die Staatsregierung habe die Pflicht, mit der baldigen Verabschiedung des Irrenkrankengesetzes derartige skandalöse Verwaltungen und unangenehme Kritiken zu verhindern.

Da von deutschnationaler Seite diese Darstellung bestritten wurde, kam Müller später nochmals auf den Fall zurück. Er betonte, daß der Lokomotivführer lediglich auf die Ausföhrungen seiner Frau ins Irrenhaus gebracht worden sei. Diese habe das Verhältnis begünstigt. Es handle sich um einen wehrlosen Mann, den gewissenlose Ärzte unglücklich gemacht haben.

Ministerialdirektor Dr. Dietrich erklärte, der Delfer Fall werde vom Ministerium genau nachgeprüft werden.

Abg. Dr. Weyl (Soz.) spricht zu den einzelnen Positionen des Volksgesundheitsrats.

Gerade als Arzt bedauere ich es aufs höchste, daß die Verzeihung auf der Tagung in Leipzig einen Standpunkt eingenommen hat, der schon durch das Thema der Tagung — man sprach von der „Wirkungslosigkeit“ — charakterisiert ist.

Bei den Fragen der Zahnärzte und Zahntechniker fehlt dem Ministerium eine Persönlichkeit, die das nötige Sachverständnis, die Erfahrungen und die notwendige Zeit hat. Preußen braucht mindestens zehn Gewerbemedizinärte.

Die Quäker haben für die Errichtung einer Tuberkulose-Heilanstalt in Breslau 25 000 Mark zur Verfügung gestellt unter der Voraussetzung, daß bis Anfang Oktober die nötige finanzielle Unterlage geschaffen ist. Der niederschlesische Landtag hat 25 000 Mark zur Verfügung gestellt. Im ganzen kostet die Einrichtung 90 000 Mark, so daß aus Mitteln des Staatlichen Etats noch eine Summe von 40 000 Mark zur Verfügung zu stellen wäre. An der Universität Breslau besteht ein Lehrstuhl für die Tuberkulose des Kindes. Die Bekämpfung dieser Art der Tuberkulose ist doppelt notwendig. Im nächsten Etat muß die Gesamtsomme zur Bekämpfung der Tuberkulose unter allen Umständen beträchtlich erhöht werden. Mit der jammervoll niedrigen Summe von 200 000 Mark ist gar nichts anzufangen.

Auch die Aufgaben der Landesanstalt für Wasserhygiene sind außerordentlich wichtig. Freilich ist es mit der einseitigen Verbindung der Verwaltung des Wassers nicht getan. Die Wirksamkeit der Abwehrkräfte des menschlichen Körpers, die unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, muß gestärkt werden. In dieser Richtung wird die Bewässerung nicht genügend aufgeföhrt. Hier muß das Ministerium mit seiner Propaganda einsehen.

Ministerialdirektor Dr. Dietrich teilte mit, daß 270 vollbesetzten noch 175 nicht vollbesetzte Medizinärzte gegenüberstehen. Die Gewerbemedizinärte seien eine ganz neue Einrichtung. Das Ministerium beschuldigt, ihre Zahl zu erhöhen, wenn auch nicht sofort zum Stand kommen.

Abg. Dr. Wenzel (Soz.) wendet sich gegen die falsche Auslegung des Gemeindefeststellungsrechts durch die Annahme des Braunkapitals, die falsche Auslegung findet im Reichsgesetz keine Stütze.

Abg. Simon-Neusatz (Soz.) fordert baldige Verlegung eines Bodenreformgesetzes, d. h. eines Gesetzes über erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Grundbesitzes. Ebenso verlangt er rasche Verlegung der Grundlinien für ein preussisches Haus- und Landgartengesetz.

Die Bestimmungen zum Haushaltsjahr finden am Donnerstag statt.

Aus aller Welt.

Eine Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels

unter Leitung des bekannten Moskauer kommunistischen Marx-Philologen Masanoff wird von einer neugegründeten Marx-Engels-Archiv-Vereinsgesellschaft angefündigt. Auch Eduard Bernstein und das sozialdemokratische Parteiarhiv in Berlin haben dieser auf 42 Bände berechneten Ausgabe ihre Manuskriptstücke in sehr großzügiger Weise zur Verfügung gestellt. Wir werden eingehend über die Fortschritte dieser Ausgabe berichten, sobald die zunächst angefündigten Bände 1 und 15 mit verschiedenen bisher unbekanntem Jugendwerken von Marx und philosophischen Versuchen von Engels vorliegen.

Eine amtliche preussische Volksliederammlung.

In einer Sitzung der Kommission für das deutsche Volksliedbuch, die im preussischen Kultusministerium unter Leitung von etwa 50 Fachleuten aus Deutschland und der Schweiz tagte, wurde ein Entwurf für ein neu herauszugebendes Volksliedbuch in allen Einzelsprachen besprochen. Die auf 14 Bände berechnete Sammlung für Männergesang und gemischten Chor, die für alle Sprachgruppen bestimmt ist, soll im nächsten Jahre in dem bekannten Musikverlag von C. F. Peters in Leipzig erscheinen. Hoffentlich sind für die Auswahl auch wirklich volkstümliche und künstlerische und nicht etwa sogenannte „nationale“ Gesangsstücke maßgebend gewesen!

Todesurteil gegen einen 22jährigen.

Vom Schwurgericht Stuttgart wurde der 22 Jahre alte Hilfsarbeiter Christian Schmidt aus Ludwigsburg wegen Mordes zum Tode verurteilt. Sein Freund, der 21 Jahre alte Kasianer Friedrich Richter aus Rott, wurde wegen Beihilfe zum Mord und gemeinsamen Mordes des Opfers zu 3 Jahren 10 Monaten Zuchthaus verurteilt. Schmidt hatte keinen Streit mit dem Schloße erlosch. — So furchtbar ein solches Verbrechen ist, so bedauerlich erscheint uns trotzdem die Todesstrafe gegen so junge Menschen, die ja doch das Geschick nicht ungeschick machen kann und weniger schreckend wirkt als lange schwere Zuchthausstrafe.

Der notleidende Künstler als Unternehmer.

In einem Bericht der Münchener Zeitung wird folgende sonderbare Geschichte erzählt: Die Stadt München hatte zur Unterhaltung notleidender Künstler 25 000 Mark für die Veranschaulichung der Reichendachstraße bemittelt. Man hat mit Standhaftigkeit in einer Versammlung der Demokratischen Partei berichtet, ein solcher Künstler die Ausführung der Arbeiten für die Reichendachstraße einem Geschäftsmann überlassen, der dann vom Künstler bezahlt wurde. Der Geschäftsmann wurde bereits angeklagt, daß dem Künstler entgegen der Statutenmäßigkeit, weil der Künstler keine einzige Kopie

Das Monotel genügte für Schlemmertredit!

Immer neue Enthüllungen über die verprahten Kleinwohnungsgelder im Hause Jihewitz.

Im Prozeß gegen die Leiter der Preussischen Landes-Brandversicherungsanstalt kam es am Mittwoch zunächst zu einer Auseinandersetzung zwischen Geheimrat Nehring und dem Angeklagten v. Ehdorf. Dabei wurde zwar bekannt, daß Nehring während eines Aufenthaltes im Gedob Zimmow acht Tage lang das Auto v. Ehdorfs benutzte. Nehring verneint, diese Sache „morschlich“ zu erklären. v. Ehdorf habe seiner Familie gesellschaftlich nahegestanden und er, Nehring, habe Ehdorf und den übrigen Mitgliedern gegenüber nur als „anständiger Mensch“ gehandelt.

Auch die Vernehmung v. Karstedts, des zweiten Angeklagten vom Adelskonkordat, gewährte rasch tiefe Einblicke in das Geschäftsgebahren der Leitung der Landes-Brandversicherungsanstalt. v. Karstedt kann auch heute noch seine Verwunderung nicht unterdrücken, mit welcher Schnelligkeit sie ohne jegliche Unterlagen die größten Kredite bekamen. Herr v. Jihewitz, der aus Pommern nach Berlin geholt worden war, um die Kreditwürdigkeit zu heben, habe Nehring gegenüber von der Not der Landesverwaltung erzählt, und schon hatten sie einen Kredit von 600 000 Mark gehabt, ohne daß nach ihren Verhältnissen und nach irgendwelchen Sicherheiten gefragt worden wäre. „Es war mehr ein angenehmes gesellschaftliches Zusammensein“, meinte v. Karstedt, „als eine Geschäftsaussprache.“ Zu den anderen Herren des Adelskonkordats habe er damals gesagt: „Endlich habe ich den Idealbankier gefunden, den ich schon lange gesucht habe. Wenn ich zu einer anderen Bank komme und dort mein Konto auch nur um 100 Mark überziehen will, dann schmeißt mich der Bankier einfach raus.“ „Wozu haben wir uns eigentlich den alten Jihewitz aus Hinterpommern kommen lassen?“ erklärte v. Karstedt den anderen. „Wenn ich meinem Chauffeur ein Monotel angesetzt hätte, würde es auch genügt haben.“

Die obigen Herren haben sich es auf Kosten der Landes-Brandversicherungsanstalt gut sein lassen. Aus den gemachten Krediten hat v. Karstedt innerhalb zwei Monaten persönlich 113 600 Mark entnommen. Davon hat er 70 000 Mark Schulden bezahlt und den Rest von 43 600 Mark vom Geschäftsbüro bis zum Herbst für sich in Berlin verbracht. Er kaufte sich ein neues Auto und wohnte mit seiner Frau im Hotel Bristol. Durchschnittlich gab er 5000 Mark im Monat aus, und das Leben, das er sich damals in Berlin leisten konnte, sagte ihm so zu, daß er sogar von seiner Sommerreise abließ. Sein privates Einkommen im Betrage von 3000 Mark im Monat griff er gar nicht an, sondern lebte nur auf Kosten der Landes-Brandversicherungsanstalt. Dem Vorstehen des Adelskonkordats immer wieder, die beiden Direktoren seien darüber in Billde gewesen, daß sie den größten Teil des Geldes persönlich verbrauchten und nicht zu Geschäftszwecken. Sie hätten vorher ausdrücklich erklärt, für keine Wechsel gut sein zu können. Allen diesen Vorwürfen gegenüber verweigerte die beiden Direktoren sich nur damit herauszurufen, daß die drei Adligen schon vorher einen wohlhabenden Eindruck gemacht und Automobile besessen hätten. Geheimrat Nehring gibt zu, daß er und Lüders diese Autos benutzten und mit Ehdorf, Karstedt und Carlwiz lokale Besuchen, um „mit Geschäftsfreunden gesellschaftlichen Verkehr zu pflegen.“

Bei der Erörterung eines weiteren Kredites in Höhe von 450 000 Mark, der an das Adelskonkordat gerichtet wurde, verweigert v. Karstedt, Direktor Lüders habe auch hier die Genehmigung erteilt, daß diese Summe nicht für ein Geschäft bestimmt war. Lüders aber habe in krasster Form Geld von ihm verlangt.

Breslauer Produktenbörse.

Künftige Notierungen hier an der Breslauer Produktenbörse vom 30. September 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (für die Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab: Weizen, Weizenmehl, Roggen, Roggenmehl, Hafer, Hafermehl, Gerste, Gerstenmehl, Mais, Maismehl, Kartoffeln, Kartoffelmehl, Bohnen, Bohnmehl, Erbsen, Erbsenmehl, Lupinen, Lupinenmehl, Sojabohnen, Sojabohnmehl, Sesam, Sesamöl, Sonnenblumen, Sonnenblumenöl, Hanf, Hanföl, Raps, Rapsöl, Leinöl, Leinmehl, Weizen, Weizenmehl, Roggen, Roggenmehl, Hafer, Hafermehl, Gerste, Gerstenmehl, Mais, Maismehl, Kartoffeln, Kartoffelmehl, Bohnen, Bohnmehl, Erbsen, Erbsenmehl, Lupinen, Lupinenmehl, Sojabohnen, Sojabohnmehl, Sesam, Sesamöl, Sonnenblumen, Sonnenblumenöl, Hanf, Hanföl, Raps, Rapsöl, Leinöl, Leinmehl.

mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.		Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):		
Getreide:	30.	29.	Decksaat:	
Weizen, neuer	19,00	19,30	Winterweizen	34,00
Roggen	16,00	16,00	Winterroggen	38,00
Hafer, neuer	16,50	16,50	Sonnenblumen	54,00
Hafer, alter	20,00	20,00	Hanfsaat	—
Wintergerste	17,50	17,50	Bohnsaat	90,00

Speise-Kartoffeln, rote und weiße, 1,40 Mk. Fabrik-Kartoffeln für das Brot, Stärkegehalt 0,67%.

habe. Dieser habe sich vielmehr Vorküsse von der Stadt geben lassen und mit dem Gelde eine Reise nach Paris gemacht. Zurzeit schwebt ein Prozeß, der aber durch irgendwelche mangelhaften Umstände für die Stadt jedenfalls so ausgehen werde, daß sie das meiste Steinbild auslösen müsse und um diesen Betrag geschädigt wäre. Das sei der Dank eines notleidenden Künstlers für die Unterstützung.

35 000 Mark Besohnung.

Für die Wiederherbeziehung der aus dem Kaiserkrant der Bezirkskasse Tempelhof gestohlenen 300 000 Mark sind 30 000 Mark für die Ergreifung des Täters 5000 Mark Besohnung ausgezahlt worden.

Die vielbeschäftigte Berliner Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr wurde im September 225 mal alarmiert, das heißt, durchschnittlich alle Stunden einmal.

Wie die Bayern um ihr Bier betrogen werden.

Zu dieser Zeit in Nr. 227 unserer Zeitung muß in Verbindung mit dem Hebermittlungsfeldrichtigt werden, daß der Betrugsgewinn durch das schlechte Einhalten auf dem Münchener Oktoberfest pro Maß rund 50 Mark ummache.

Reue, Straßenschnungslid in Berlin.

In der schiffartigen Brunnentrase an der Ecke der Anhalter Straße ereignete sich ein schweres Straßenschnungslid. Ein Straßenschnungslid, der in schnellster Fahrt die Brunnentrase entlangfuhr, fuhr auf einen an der Ecke der Anhalter Straße stehenden anderen Straßenschnungslid auf. Der Anprall war so furchtbar, daß die Plattform des vorderen Autos des Straßenschnungslids zertrümmert wurden und die Wagen sich ineinander schoben. 35 Personen wurden teils schwerer, teils leichter verletzt.

Kirche gegen Frauenmode.

Nach einer Meldung aus Rom erklärt der Vatikan ein neues, überaus hartes Edikt gegen die moderne Frauenmode. Die Aufsichtsorgane der römischen Kirche sind angewiesen, keine Damen, die nicht die von der Kirche vorgeschriebene Kleidung tragen, in die Gotteshäuser einzulassen zu lassen. — In der Berliner katholischen Gebirgskirche ist ein Anschlag ausgeführt, in dem es heißt: Kardinalvikar von Breslau hat sich genötigt gesehen, anzunehmen: Eine Meldung der heiligen Kommission ist in Hinblick auf den Kommissionsrat nicht zu übersehen, sondern die weltliche Personen, deren Kleidung nicht der heiligen Kommissionsrat genehmigen, deren Namen und Namen sind veröffentlicht. Die Kommission hat die Namen der Mitglieder der Kommission veröffentlicht. Die Kommission hat die Namen der Mitglieder der Kommission veröffentlicht.

Graben in Mexiko.

Der 400 Meter hohe Gipfel des Inago-Berges in Mexiko wurde durch ein heftiges Erdbeben erschüttert. Die in der Nähe des Berges stehenden Gebäude sind teilweise zerstört. Die in der Nähe des Berges stehenden Gebäude sind teilweise zerstört. Die in der Nähe des Berges stehenden Gebäude sind teilweise zerstört.

Gold- und Silberwaren

Anton Berg
Inhaber:
Richard Kempe
Gartenstraße 86
Mitglieder der S. P. D. 5% Rabatt!

:: :: Trauringe :: ::



Mitglieder der Partei
und vom Konsum-Verein kaufen

Gardinen, Stores
nur bei

Julius Fein
Junkerstr. 14 (kein Laden)
vis-à-vis Rißling

Möbel
billiger.

G. Fuchs
Lichtermaler
Hilfsweg 24, Hof links
und RL. Gartenstraße 7, 1,
an der Tiergartenstraße.

B. Wollerge
St. 140-200 Mk. Koper
St. 70 Mk. Leinwand St.
45 Pf. bis 1.30 Mk. Hermet-
kutter 90 Pf. bis 1.30 Mk.
Garn 1000 Meter in allen
Größen 40 bis 60 Pf. 4000
Kettweite 700 Gramm 60 Pf.

Berthold Lipfert,
Heinrichstraße 16.

Der Rat des Arztes:
Geben Sie den Kindern reichlich
Fett. Blauband-Margarine ist
sehr gehaltvoll, bekömm-
lich und wird gern
von ihnen gegessen.

Preis 50 Pfennig
das Halbpfund
in der bekannten
Packung.

**Schwan im
Blauband**
FRISCH GEWIRN



Jedes Stück ein Schlager!

Kommen Sie gleich und besich-
tigen Sie in meinen Auslagen die

**„Neu eingeführten“
Einheits-Preise:**

2⁰⁰ Mk. 3⁰⁰ Mk. 5⁰⁰ Mk. 6⁰⁰ Mk.

Sie finden stets die neuesten
Sachen in besten Qualitäten
und größter Auswahl.

**Einzigartige Einkaufsquelle
für
Geschenk-Artikel.**

Die noch vorhandenen teureren Waren werden
zu enorm billigen Preisen ohne Rücksicht auf
den Einkaufspreis ausverkauft.

3 Mark-Bazar
Max Moses, Schwenditzer Straße 7

**Druckerei
Volkswacht**
fertig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Kurstr. 46

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbig
illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Prima Winterkartoffeln auf Teilzahlung 7743
Felix Tief, Sauerweg 8, Tel. 2. 2174. gibt ab Teilzahlung
Schwendfelderstraße 7
an der Schwendelstraße.

Gefrorenes Ochsenfleisch!

Suppenfleisch	Pfd.	0.70
Gulasch und Gehacktes	Pfd.	0.80
Suppenfleisch, ohne Knochen	Pfd.	1.00
Rouladenfleisch	Pfd.	1.10
Leberwurst	Pfd.	0.60
Knoblauchwurst	Pfd.	1.00
Preßwurst	Pfd.	1.20
Berliner Mettwurst	Pfd.	1.60

Carl Großkopf
Mariannenstraße 15.

Erdal
für die Schuhpflege

**Siegreich
durch Qualität**



Es wird viele freuen,

zu hören, daß es uns noch einmal gelungen ist,
50 Exempl. des außerordentlich stark begehrten Buches:
Corvin, der Pfaffenpiegel,
historische Denkmäler des Fanatismus in der römisch-
katholischen Kirche, ungekürzte Ausgabe,
zum Verzugspreise von 2 Mk. statt
5 Mk. zu beschaffen. Wer also am letztmalig
vergeblich zu uns kam, kann diesmal seinen Wunsch
erfüllt bekommen. Auswärtige senden 2.20 Mk. vorher
ein. Zeit zum Warten ist natürlich auch diesmal nicht.

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel
liefern wir für

Mk. 3⁰⁰ per Liter
einschl. Steuer

Rum-Façon 38 %
Allen Breslauer 35 %

Mk. 2³⁰

Unsere in ganz Deutschland berühmten,
Edel-Liköre
Mk. 3²⁰ und 3⁶⁰ per Liter

Dampf-Destillierwerk 4326
Herzberg & Co.
Häufensstraße 48, Michelsstraße 3.

Ich habe mit dem
Großen Preisabbau
bereits begonnen!

Linoleum mit Kante und gemastert, 65 cm breit, Meter 1.95
Linoleum mit Kante und gemastert, 90 und 100 cm breit, Meter 2.75
Bettbezug in weiß und bunt, 2 Meter lang, Bezug 5.90 und 4.95
Einzelne Kissenbezüge in weiß u. bunt, Stück 1.45
Bettbezüge mit 2 Klassen, in weiß und bunt, kariert, 8.90 und 7.85
Klebeesten Rissenwahl, für Kinder und Erwachsene, St. 6.90, 4.90 und 4.75
Arbeiter-Strickwesten schwere Winter-ware von 3.90 an
Manchest.-Kinderanzüge gute Ver- arbt. von 7.80 an
Züchen und Inletts nur gute, schlesische Ware zu enorm billigen Preisen.

Für Händler und Wiederverkäufer
günstige Einkaufsgelegenheit!

H. Wassermann
Friedrich-Wilhelm-Straße 35.

Nähmaschinen
verkauft bei vollständigster Zubehörsammlung
Alfred Schloßinger, Schwendelstraße 20a.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Dile 5662.

Die Distriktsführer werden erlucht, so weit solche noch nicht abgeholt sind, sofort im Parteisekretariat abzuholen.

Distrikt 37. Alle Mitglieder beteiligen sich am Sonntag, den 4. Oktober an der Besichtigung des Zentrallagers des Konsumvereins "Sozialwärts". Treffpunkt vormittags 9 Uhr am Genossenschaftsrestaurant, Camener Straße. Die Nachbar-Distrikte sind eingeladen und treffen sich um 10 Uhr vor dem Zentrallager, Tauenbiersstraße.

Distrikt 41. Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre beim Distriktsführer, Dellerstraße 36.

Distrikt 9 und 41. Montag, den 5. Oktober Frauenverammlung im "Lehten Keller". Jeder Genosse der beiden Distrikte ist verpflichtet, diese Verammlung zu besuchen und bekannte Frauen mitzubringen. Die Frauenleiterin von 9 und 41.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. Oktober.

Wie hoch ist die Friedensmiete?

In Breslau waren die Wohnungen im Frieden billiger als in Berlin und vielen anderen deutschen Großstädten. Dort kostete eine moderne Dreizimmerwohnung je nach Lage und Größe 800 bis 1000 Mark, und dafür be- in man in Breslau eine Vierzimmerwohnung, und zwar von gleicher Qualität und Zimmergröße.

Aus dem Schrifttum ist bekannt, daß man im Reichsdurchschnitt mit 6,00 bis höchstens 6,50 Mark jährlich Friedensmiete für das Quadratmeter Wohnfläche rechnet. Wenn auch diese Zahlen nur grobe Mittelwerte sind und keine Differenzierung nach der Qualität zulassen, so ist es dennoch verwunderlich, wenn eine Breslauer städtische Behörde der Friedensmiete der Stieblungswohnungen mit 7 Mark je Quadratmeter ansetzt. Ausgerechnet Siedlungswohnungen!

Prüft man diese Zahl nach und rechnet eine beliebige große Anzahl gleichwertiger Vorstadtwohnungen durch, so bekommt man in Breslau nur Werte zwischen 5,00 und 6,00 Mark. Man muß schon in die allerbesten Wohngegenden steigen, z. B. in die Hohenzollernstraße, um größere Werte zu erhalten.

Dort brachte eine Dreizimmerwohnung 800 Mark Jahresmiete. Allerdings liegt diese Wohnung im ersten Stock eines sehr hohen und gut ausgestatteten Hauses, ist mit allem neuesten Zubehör versehen, besitzt drei große Zimmer, eine große Diele, Kammer, einfenstertes Dienstbotenzimmer usw., zusammen 115,8 Quadratmeter Wohnfläche. Das Quadratmeter kostet also 6,90 Mark. In demselben Hause liegt aber auch eine andere, genau ebenso schöne Dreizimmerwohnung; die ist aber nur 133 Quadratmeter groß und dennoch, sie brachte auch nur 600 Mark Jahresmiete. Hier kostete das Quadratmeter also nur 6,00 Mark Jahresmiete; — Hohenzollernstraße, Vorderhaus, 1. Stock, mit Balkon.

Kann man aber eine solche Wohnung mit einer Stieblungswohnung überhaupt vergleichen? Das Stadtwert ist um mehr als einen Meter höher, die Baukosten für einen Kubikmeter umgebauten Raum sind um ein volles Drittel teurer zu veranschlagen, das bessere Material wegen. Und ein Quadratmeter der Parzelle hat circa 100 Mark gekostet.

Sehen wir uns nun die Unterlagen an, mit denen das Breslauer Kleinwohnungsamt den Satz von 7,00 Mark begründet:

Eine festliche Rechenschaft ist erst gar nicht versucht — sie hätte auch ein anderes Ergebnis haben müssen.

Es sind nur die Friedensbaukosten angegeben, und zwar für das Quadratmeter mit 70 Mark. Dazu die Grundstückskosten mit 47,40 Mark; denn das Quadratmeter Bau- und Gartenland soll 10 Mark gekostet haben. Das macht zusammen 117,40 Mark Herstellungskosten. Dann folgt die Mietberechnung:

Kapitalverzinsung:

60 v. H. als 1. Hypothek	zu 4% = 0,60	117,40 x 0,04 = 2,32	q.m
20 v. H. als 2.	zu 5% = 0,20	117,4 x 0,05 = 1,17	
und 20 v. H. als Eigen- tümer-Anteil	zu 7% = 0,20	117,4 x 0,07 = 1,64	
		Zusammen 5,83	q.m

Das Verhältnis der Kapitalzinsen zu den Betriebskosten einschließlich Instandhaltung ist mit 77:23 angenommen. Die Gesamtmiete beträgt also 5,83 = 7,31 Mark je Quadratmeter.

Das ist die ganze Beweisführung. Vergleichen wir diese Werte mit den Zahlen von der Hohenzollernstraße. Die Jahresmiete des Hauses war 11200 Mark. Der Gesamtwert des Hauses bei 15fachem Mietertrag ist also = 170000 Mark, wovon ziemlich genau 1/3 auf den Hausbau und 2/3 auf das Grundstück entfallen. Die gesamte Wohnfläche stellt sich auf 1620 Quadratmeter. Auf das Quadratmeter entfällt an:

Baukosten	170000 : 2	= 70 Mark
Grundstück	170000 : 3	= 56,67 Mark
Herstellungswert also 105 q.m		

Wird mit dieser Zahl obige Rechnung durchgeführt, so ergibt sich eine Friedensmiete von 6,55 Mark je Quadratmeter.

Der Vergleich zeigt sofort, daß beim Stieblungshaus keine Werte viel zu hoch angesetzt sind. In der Tat finden wir bei genauer Durchforschung in der Vorderstraße für die 67,8 Quadratmeter große Wohnung den umbauten Raum dazu mit 2875 Kubikmeter angeben. Der Kubikmeterpreis ist also mit 67,6 x 70 Mark = 16,45 Mark angesetzt; 11 Mark wäre richtig gewesen für das Stieblungshaus. Und die Grundstückskosten? Um 26 Prozent höher als auf der Hohenzollernstraße? Da bleibt das Wort im Munde stecken.

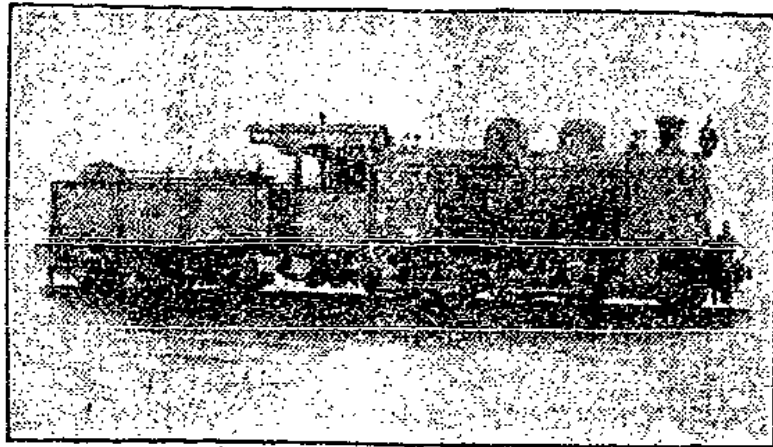
Die Stadtverordneten-Versammlung hat anscheinend den Besatz schon gerochen und dieses Nachwort nicht gutgeheißen. Eine korrekt durchgeführte Rechnung hätte einen Wert von 5 Mark ergeben — wie die Statistik auch, sofern gleichartige Wohnungen verglichen werden. Und man bedenke, daß eine Stieblungswohnung mit allen Merkmalen der großen Mietzeit viel mehr Aufwand an Heizung und schließlich auch für Instandhaltung erfordert, denn eine Stadtwohnung. W. E.

Louiseverein Naturfreunde.

An Spenden für unsere Wanderungen gingen ein: Liste 59 E. S. L. Archimedes 21,80 Mark, Liste 60 E. S. L. Archimedes 45 Mark, Liste 61 E. S. L. Archimedes 23 Mark, Liste 80/81 Saale-Bräuerer 65,10 Mark, Liste 85 E. W. K. 14,10 Mark, Liste 86 gesammelt durch W. K. 0,65 Mark, Liste 85 gesammelt durch Schöpler 3 Mark, Liste 15 gesammelt durch Fr. Schuber 10,80 Mark, Liste 78 gesammelt durch Böding 32,60 Mark, Liste 6 gesammelt durch Martin 7 Mark. Allen Spendern herzlichen Dank. Unsere nächste Wanderung (Herbstwanderung) findet Donnerstag, den 8. Oktober, statt. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten erfolgt nur gegen Vorlegung des Verbandsbuches am Montag, den 6. Oktober, mittags 2 Uhr, im Garten des Gewerkschaftshauses.

Locomotivlieferung für Griechenland.

Die Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G., Werk Breslau, Abteilung Lokomotivbau, die erst unfängt eine Reihe meterspurige Heißdampf-Güterzug-Lokomotiven der Type Mikado (Klassfolge 1. D 1) für Brasilien lieferte, konnte dieser Tage wiederum einen namhaften Auslandsauftrag erledigen und die vor kurzem von der "Witrus-Witens-Belopon-Güterbahngesellschaft" in Auftrag erhaltenen meterspurigen Heißdampf-Personenzug-Lokomotiven der Konsolidation-Type (Klassfolge 1 D) — siehe Abbildung — zur Ablieferung bringen.



Das Dienstgewicht jeder dieser mit allen Neuerungen der Technik versehenen Lokomotiven — die ebenso wie die vorerwähnten Barrenlokomotiven erhielten — beträgt etwa 47 000 Kgr., das des dreischigen 6,5 Mtr. 3 Tendern 22 500 Kgr. und das Neigungsgewicht der Lokomotive 40 000 Kgr. (Wasserdampf 2 mal Radruud — 10 Tonnen). Ueber Puffer gemessen ist die Lokomotive mit Tender 16 168 Millimeter lang, ihre Breite beträgt 2580 Millimeter und die Höhe 3835 Millimeter. Der gesamte Achsstand — einschließlich Tender — beläuft sich auf 12 253 Millimeter. Die Kesselmitte liegt 2290 Millimeter über Schienenoberfläche. Die feuerberührte Gesamtfläche beträgt 143 024 m², wovon 36 652 m² auf den Kessel entfallen. Die beiden Zylinder der Lokomotive haben je einen Durchmesser von 500 Millimeter. Der Kolbenhub beträgt 350 Millimeter, der Raddurchmesser 1200 Millimeter und die Zugkraft (0,85 p) 11 700 Kilogramm.

Ein Jubililar in der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Wer still und bescheiden im Leben seine Pflicht erfüllt und Hilfe bringt, wenn er den Nächsten leiden sieht, braucht nicht nobleres Lob. Und wer mit einem Wissen sich der Allgemeinheit nutzbar macht, hat am Erfolg den schönsten Lohn davongetragen. So soll ein Mensch im Leben sich betätigen. Kann man die Ehre eines Jubilars noch freundlicher gestalten, als werbende Erinnerungen zu wecken und sie als geistiges Angebinde auf den Gabentisch zu legen?

Unser Freund Robert Kirchhoff ist am 1. Oktober fünfundsiebzig Jahre krankenkassenbeamter in Breslau. Das bedeutet viel bei der Zerplitterung im Krankenkassenwesen Breslaus. Es war nicht so leicht, in dem Chaos der Krankenkassenbewegung sich zum anerkannten Führer aufzuschwingen. Aus dem Sattlerberuf hervorgegangen, hat der Jubilar es verstanden, sich bei seinen Berufsvorgesetzten allgemein Sympathie und Achtung bei den Behörden zu erwerben.

Am 1. Oktober 1900 übernahm Kirchhoff die Rendantur der Ortskrankenkasse der Schuhmacher. Bald erfuhr sein Tätigkeitsgebiet eine Erweiterung. Im Jahre 1903 wurde ihm im Nebenamt die Leitung des Breslauer Krankenkassenverbandes und des Verbandes Schlesischer Ortskrankenkassen übertragen.

Vom 1. 11. 1914 an wird Kirchhoff hauptamtlicher Geschäftsführer des ersten Krankenkassenverbandes in Breslau. Als solcher beschäftigte ihn immer lebhafter die Frage, wie am schnellsten der verheerenden Zerplitterung der Krankenkassen in Breslau Einhalt geboten werden kann. Es galt, die im Jahre 1916 in Breslau noch vorhandenen getrennten 31 Ortskrankenkassen, 25 Betriebskrankenkassen und 5 Innungskrankenkassen sowie einige Behördenkassen möglichst an Zahl zu verringern. Den Anstoß dazu gibt eine Verammlung von Vertretern der zwei, leider noch heute vorhandenen Breslauer Kassenverbände am Anfang des Jahres 1916. Es nahmen daran 84 Vertreter von 21 Ortskrankenkassen teil. Den leitenden Vortrag hielt der damalige Stadtverordnete und heutige Oberpräsident von Niederschlesien, Hermann Zimmer. Kirchhoff war es, der in derselben Verammlung die rechtlichen Vorarbeiten befragte, die bei der Zusammenlegung der Kassen zu beachten sind. Das Gesamtwohl der Beschäftigten erforderte, daß sich die Kassen vereinigen. Um diesen Gedanken zu fördern, hatte er mit großer Mühe und vielem Fleiß im Auftrag des ersten Krankenkassenverbandes eine statistische Zusammenstellung der Vermögensfähigkeit der Krankenkassen von 1914 und 1915 herbeigeführt. Das Werk betitelt sich "Die Breslauer Krankenkassen während des Krieges". Diese Arbeit erfuhr bei Sachleuten und bei den Behörden die größte Beachtung. Der Erfolg blieb nicht aus. In überraschend kurzer Zeit wurden die Schwierigkeiten überwunden, die einer Verschmelzung der Kassen in Breslau hinderlich waren.

Am 11. August 1917 konnte schon die erste Sitzung des neuen Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau stattfinden. Aus 17 Ortskrankenkassen erwählten fast vollständig 20 Arbeitgeber- und 40 Arbeitnehmervertreter, um den Vorstand der neuen Kasse zu bilden.

Es erfolgte am 1. Januar 1918 die Verschmelzung von 25 Ortskrankenkassen mit 112 000 Mitgliedern, und so wurde auch Kirchhoff damit zunächst Angestellter der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau, unter Verwaltung seiner Nebenämter.

Am 12. August 1920 ist dann Kirchhoff zum kommissarischen Geschäftsführer bestellt, um am 4. Oktober 1920 vom Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zum ersten Verwaltungsdirektor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau gewählt zu werden. Das Vertrauen, das in ihn mit dieser Wahl gesetzt wurde, hat er vollkommen gerechtfertigt.

Bei all der Arbeit, die sich ein Amt mit sich bringt, hat unser Jubililar seit 1920 noch nebenher den Vorsitz der "Arbeitsgemeinschaft Schlesischer Krankenkassenverbände" und Breslauer Krankenkassen geführt und bekleidet außerdem nebenamtlich heute noch das Geschäftsführeramt des Provinzialverbandes Schlesien des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen.

Nach als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der er seit dem 1. September 1900 angehört, stellte er keinen Mann. So gehörte er in der Zeit der politischen Wirren 1918 bis 1919 dem Vorstand des Volkstages zu Breslau an und ist 1920 bis 1924 als sozialdemokratischer Stadtverordneter tätig gewesen. Heute bekleidet er noch seit 1922 das Ehrenamt eines Kurators im städtischen Wenzel-Haus-Krankenhaus in Breslau, und seit 1925 ist er Schiedsmann im Bezirk 51.

Es hieße eine Geschichte der Breslauer Krankenkassenbewegung schreiben, wollte man eingehend das Lebenswerk Kirchhoffs schildern. Kirchhoff ist geboren am 24. Mai 1867 und lebt heute im 58. Lebensjahre. In körperlicher und geistiger Frische begehrt der Jubilar seinen Ehrentag. Möge er noch lange der Krankenkassenbewegung und seines Heimatsortes erhalten bleiben!

Förderer für Hansangehelle.

Zu diesem Artikel des Städtischen Beirates wird beiliegend darauf hingewiesen, daß sich der Zentralverband der Hausangehellen nicht aufgeben lassen darf. Der Zentralverband der Hausangehellen ist am 1. Oktober 1925 im Büro des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau.

Steuertafel für Oktober 1925.

1. Oktober: Fälligkeit der neuen Rentenzinsen von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundstücken für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1925. Schonfrist eine Woche.
1. " Fälligkeit der dritten Rate der erhöhten Obligationssteuer. Schonfrist eine Woche.
5. " Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 21. bis 30. September 1925. Es kommen noch die alten Bestimmungen in Betracht. Keine Schonfrist.
10. " Voranmeldung und Vorauszahlung der Einkommensteuer für das dritte Quartal 1925 (außer Landwirtschaft) mit Schonfrist von einer Woche.
 - a) für gewerbliche Einkommen aller natürlichen Personen, und zwar der ehemaligen Monatszahler und der bisherigen Quartalszahler;
 - b) für Kapitalerträge, für Einkommen aus Grundbesitz einschließlich Vermietung und Verpachtung, für Arbeitseinkommen über 3240 Reichsmark im dritten Quartal, für Einkünfte aus freier Arbeit oder sonstiger selbständiger Arbeit, für sonstige Einnahmen (Renten, Zuschüsse usw.).
10. " Tarif: bis 2000 Reichsmark 10 Prozent, nächste 2000 Reichsmark 15 Prozent usw. Ermäßigung bei den ersten 2000 Reichsmark für Frau und Kind je 1 Prozent, bei vierleiblichen Höchstgewinn bis zu 500 Reichsmark vom dritten Kinde ab je 2 Prozent.
10. " Voranmeldung und Vorauszahlung der Körperschaftsteuer der Erwerbseinkommen mit gewerblichen Betrieben für das dritte Quartal. Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Vermögen bei der letzten Vermögenssteuererklärung auf höchstens 50 000 Reichsmark festgesetzt ist, zahlen die selben Vorauszahlungen, wie die freien Betriebe, höchstens 20 Prozent. Körperschaftsteuerpflichtige Erwerbseinkommen zahlen im übrigen 20 Prozent, die übrigen 10 Prozent.
10. " Voranmeldung und Vorauszahlung für die Umjahsteuer, und zwar der Monatszahler für September, der Quartalszahler für Juli bis September. Steuerfuß: 1 1/2 Prozent. Schonfrist eine Woche.
10. " Eintragung der Lohnzettel durch die Arbeitgeber. Keine Schonfrist.
10. " Vorauszahlung der Kirchensteuer seitens der früheren Monats- und der Quartalszahler für das dritte Quartal. Schonfrist eine Woche.
10. " Gewerbesteuer-Voranmeldung und Vorauszahlung der früheren Monats- und der Quartalszahler für das dritte Quartal. Schonfrist eine Woche.
15. " Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. bis 10. Oktober. Die neuen, bereits mehrfach angegebenen Bestimmungen sind zu beachten. Keine Schonfrist.
15. " Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer. Schonfrist eine Woche.
25. " Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 11. bis 20. Oktober. Neue Bestimmungen beachten. Keine Schonfrist.

Die Hundehölle.

Nachdem der Hundehändler Morczinik neulich wegen Tierquälerei bestraft und im "Juli" in der Kirchallee gefesselt worden war, hat er es nach der Kirchstraße verlegt. Am Montag wurde nun von drei Polizeibeamten bei ihm eine Revision vorgenommen. Die Beamten mußten sich gekanntem Eintritt verschaffen und fanden, an den unmöglichsten Stellen versteckt, 16 Hunde vor. Der Zustand der Tiere war derart, daß sie wegen Seuchengefahr beschlagnahmt werden mußten. Die Hundehändlerin und Blindenführerschule von Fischer wurde von der Polizei beauftragt, die Tiere abzuholen. Als am Dienstag Früher mit zwei Beamten dies tun wollte, trafen sie nur noch sechs Tiere an. Von diesen ging eines ein, bevor der Transportwagen in der Pöpelwitzer Straße eintraf. Die anderen wurden von den Tierärzten Dr. Tschler und Dr. Koeder untersucht. Auf deren Veranlassung wurden die Hunde sofort getötet. Total verlungert, daß teilweise die Knochen durch das von Rinde zerfressene Fell herausstraten, bezeichnet das Gutachten der Ärzte die Tiere als eine ungeheure Seuchengefahr. Mittwoch vormittags wurde das Grundstück Kirchstraße von fünf Polizeibeamten besetzt und es gelang abermals sieben Tiere, so daß jetzt nur noch drei fehlen, aus der Wohnung des Morczinik zu holen, die wieder in die Quarantänestation von Fischer eingeliefert wurden. Außer einer blinden Hündin mit drei Jungen (W. suchte demnach sogar mit blinden Tieren) waren es ein Schäferhund, über und über bedeckt mit Geschwüren, zu schwach zu stehen, ein Boxer und ein Pinscher, dessen Knochen nur noch mit Haut überzogen waren. Die Beschäftigung dieser Tiere, die gleichfalls getötet werden müssen, fand unter Führung des Vorstandes des Breslauer Tierkörpersvereins statt. Morczinik ist jetzt die Erkrankung zum Hundehändler wegen Unzuverlässigkeit (Seuchengefahr) entzogen worden.

Schlesische Provinzialsynode.

Nachdem am Dienstag Auswahlarbeit geleistet wurde, trat die Synode am Mittwoch, vormittags 10 Uhr, zur 5. Vollziehung zusammen. Die Wahl der synodalen Mitglieder der Provinzialkirchenrates wurde durch Zufall erledigt. Ueber die Gustav-Adolf-Gesellschaft berichtete Generalsekretär D. Kottebohm. Er wies daraufhin, daß die Arbeit des Gustav-Adolfvereins eine wahrhaft westumfassende sei. Allen bedrängten Glaubensgenossen in der ganzen Welt zu helfen, sei ihr Ziel. Durch Krieg und Not der Nachkriegszeit habe die unersättliche Hilfe zu Gunsten der deutschen Glaubensbrüder zurückzulegen müssen. In gegenwärtiger Zeit sei die Bedeutung der Gustav-Adolf-Gesellschaft außerordentlich gewachsen, dem gegenüber aber die Mittel zur Arbeitsleistung äußerst beschränkt. Das viele Millionen umfassende Arbeitsvermögen des deutschen Gustav-Adolfvereins ist durch die Inflation verloren gegangen, jetzt heißt es in der Gegenwart, alle Mittel für die Arbeit aufzubringen. Der Schlesische Hauptverein läßt sich in seiner Arbeit auf 119 Zweigvereine und 30 Frauenvereine. Er hatte im letzten Jahre 77 000 Mark für seine Arbeit zur Verfügung. Berichterstatter stellte den Antrag, die Provinzialsynode möchte in einer Entschließung die Gemeinderäte ermutigen, die Sache des Vereins zu fördern. Der Antrag wird angenommen.

Zur Berichterstattung über die Arbeit des evangelischen Bundes rebete Professor D. Hoffmann-Breslau über den Aufbau der Bundesarbeit in den letzten fünf Jahren. Die Arbeit läßt sich auf 245 Ortsvereine in Schlesien mit 20 000 Mitgliedern ausdehnen. Er über die Notwendigkeit der Vertiefung evangelischen Glaubens und Lebensgutes, insbesondere verweist er auf die Wichtigkeit evangelischer Pflegeanstalten. Superintendent S. Mulla-Butthen unterstrich als Hauptaufgabe die Wichtigkeit der Arbeit des evangelischen Bundes, insbesondere der Pflegeanstalten, von der er sagte, daß sie zu den Dingen gehöre, von denen man nicht viel reden, aber sehr viel tun sollte. Der Synodalrat hat sich über die Wichtigkeit der Pflegeanstalten ausgesprochen.

Viktoria Theater. „Tausend süsse Beinchen“ Ausstattung-Revue-Operette.

Tel.: Ring 2297. Täglich 8 Uhr.

Stadt-Theater
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 „Der Barbier von Sevilla.“
 Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
 „Andine.“
 Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
 „Tosca“.

Bereinigte Theater
Lobentheater
 Leffingstr. 8. Tel. R. 6774.
 Donnerstag, 1. Oktober
 abends 8 Uhr
 Freitag, 2. Oktober
 abends 8 Uhr:
 „Der Kreidetreis“
 Spiel nach dem Chinesischen von A. Laband.

Ballattheater
 Schwerstr. 3. Tel. R. 6700
 Donnerstag, 1. Oktober
 abends 8 Uhr.
 Freitag, 2. Oktober
 abends 8 Uhr:
 Galkspiel
 Dr. Paul Barzloff

Der Gott der Ringe
 Drama von Schalom Wsch

Liebig Theater
 Telefon Ring 1646.
 Oktober 1925.
 Täglich 8 Uhr!

Sensations-Gastspiel

Jackie

Der Seelöwe als Komiker

Bonhair-Truppe
 Deutsche Matr.-Korier

8 Academy-Girls
 Englische Jugend in Tanz und Gesang

Willy Bolesko
 Rheinischer Komiker

Kapelle Stern
 D. berühmte Jazzorchest.

Müller-Schadow-Quartett
 In der Gesangszone: Im Klosterkeller

Bormondes
 Der Lachsleger

Sam Linfield Comp.
 Stiefel-Villa

Schauspielhaus
Operettenbühne
 Tel. Ring 2545
 Donnerstag u. Freitag 8 Uhr:
Riquette.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male:

Uschi. Mädi.
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Uschi.
 Sonntag u. täglich 8 Uhr:

Carl Bräuer's Festsäle
 Gabitzstraße 22. Inhaber: Paul Grausor.
 Heute **Donnerstag**,
 sowie jeden **Sonntag**: **TANZ.**

Im Monat Oktober 1925 sind an die städtischen Steuerzahlerstellen zu entrichten:

- Bis zum 7. Oktober: Hundesteuer für das Vierteljahr Oktober/Dezember 1925 in bisheriger Höhe (20 Mk.).
- Bis zum 10. Oktober:
 - Borauszahlung auf die nach dem Ertrage zu entrichtende Gewerbesteuer für das Vierteljahr Oktober/Dezember von allen Gewerbetreibenden (300 v. H. des Steuergrundbetrages, also 30 v. H. der am 10. Oktober fälligen Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlung).
 - Schulgeld für den Monat Oktober (nur Barzahlungen) unter Vorlegung des Schulgeldbegehrens für 1925. (Bei der Frist bis zum 10. Oktober ist die einwöchige Schonfrist eingerechnet).
- Bis zum 15. Oktober:
 - Staatliche Grundvermögenssteuer in bisheriger Höhe,
 - Gemeindezuschlag (20 v. H.) zur staatlichen Grundvermögenssteuer,
 - Hauszinssteuer mit 700 v. H. der staatlichen Grundvermögenssteuer,
 - Kanal- und Müllabfuhrgebühren in Höhe des Veranlagungsbeitrages
 - Getränksteuer für den Monat September, Breslau, den 1. Oktober 1925. Städtische Steuerkasse.

Nur um Geld zu schaffen, daher so billig!

Bettlischer-Barchent und Areas, prachtvolle Ware 3.10
 1 Inlett, feberdicht, türstiftlos, 2 m lang nur 8.00
 Bettlischer-Barchent in weiß wie auch in blau, 1 m Breite, 2 m lang nur 5.50
 Bettlischer-Barchent mit 2 Rippen und Einl., kräftige Qualität, 2 m lang nur 10.00
 Kleiderstoffe für Herren und Damen, prima Qualität 4.50
 Prima Barchent-Roth-Hosen 5.50
 Prima Barchent-Hosen, in Zwirnware, lange und Barchent 8.50
 Herrenunterhosen, Größe 6, dicke Barchent 3.50
 Männerbarchenthemden, richtig groß und lang 2.25
 Kinderunterhosen 2.15
 und vieles andere nur bei

Manneberg
 Reueschstraße 1, II
 Eingang Herrenstraße 4884
 Kein Baden, 2. Etage, daher so billig.
 Händler hohen Rabatts!

AN ALLE
 Arbeiterorganisationen,
 Turn-, Gesang-, Sport- und
 Geselligkeitsvereine

Beitragsmarken
 preiswert, gut und schnell
 durch

Buchdruckerei Volkswacht
 Breslau 2, Hurststraße 4/6

Busch
 Tägl. 7 1/2 Uhr, Sonnta. 3 U.
 Die ausgezeichnetsten
Circus-Attraktionen
 Georg Barkhardt-Foxtrot
 der beste Schulreiter.
 3 Gedr. Reinsch
 die besten Jockey-Akrobaten.
 Vorverkauf ab 10 Uhr
 Circuskasse, Barasch,
 Gelbe Radler.

Die Rate erzielten in der „Volkswacht“ den größten Erfolg

Ziehung 1. Klasse 16. und 17. Oktober

2 Millionen

bringt die Preußische Staatslotterie

Höchstgewinn auf ein Doppeltos 5811

234 000 Gewinne über 45 Millionen Mark!

Prämien 2x500 000 Mark | 2x300 000 Mk. | 2x100 000 Mk. | 6x50 000 Mk.
 Hauptgewinn 2x500 000 Mark | 2x200 000 Mk. | 4x 75 000 Mk. | 12x25 000 Mk.

60x10 000 Mark usw.
Gewinne sind steuerfrei!

Staatl. Lotterie-Einnahme **B. Klement**
 Ludwig i. Fa. **B. Klement**
 Postcheckkonto 3812 oder 67433 | Breslau i, Ring 22 | Aeltester Lotterie-Geschäft Begr. 1899
 Telefon 40529 | gegenüber dem Schweidnitzer Keller

Auf Teilzahlung
 direkt in der Fabrik kaufen Sie Ihre **Herren-Bekleidung**
 ohne jeden Zwischenhandel fertig und nach Maß
Wintermäntel | **Anzüge**
 von Mk 30.— an | von Mk 20.— an
Geringe An- und Abzahlung.
Robert Hänel, Breslau
 Katharinenstraße 9, I. Etg.
 an der Hauptpost. 4367

Betrifft Wucherzölle!

Siehe erschienen:
Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik

Nach einem auf dem 2. Wfa-Gewerkschafts-Kongress in München (16. bis 17. Juni 1925) gehaltenen Vortrag von **Rudolf Hilferding.**

Preis broschiert 40 Pf.
 Auswärtige senden 50 Pf. an die **Volkswacht-Buchhandlung**
 Breslau 3, Neue Graupenstr. 5.

Zurückgekehrt
 Sanitätsrat **Dr. Freund**
 Berliner Platz 1b.

Zurückgekehrt
Dr. Hauptmann

Kaufm. Privat-Schule
Strelowicz
 Ohlauer Straße 1
 Jeden Monat Beginn neuer Kurse in allen Handelslehren
 Prospekt kostenlos.
 Telefon R. 8021

Kleine Anzeigen
 sind kompakt gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkauften, Kaufgesuchen u. nur von Privatperson. Wort 3 Pfg. fett 4 Pfennige.

Holt neuer Herrenanzug, auch Kinderanzüge veräußert. Brandenburger Str. 33, II. r.

Gut erhaltenes Wiegenspiß zu kaufen gesucht. Off. unt. 1156 an die Volkswacht-Buchhandlung, Breslau II, Neue Graupenstr. 5. 1156b

Arbeitsmarkt
 Händler i. Ebdal Selbe sucht Lippert, Heinrichstraße 16.

Feuer-, Lebens-, Unfall-Versicherung sucht tüchtige **Agenten u. Vertreter** auch nebenberuflich. **Nohe Provision.**
 Bew. an Direktion **Reinhold, Charlottenburg, Wallstr. 3.**

Junger, abgehaltener **Bankangestellter** ledig, Republikaner, sucht Stellung bei belg.-ib. Ansp. Gef. Ang. u. 1157 Volkswacht-Buchhandl., N. Graupenstr. 5.

In der „Volkswacht“ haben **Stellen-Angebote** immer einen großen Erfolg in Bewerberkreisen. Erfolg.

Weckeruhren mit Leuchtblatt
 Prima Messingwerk
 staubdicht abgeschlossen
 zu billigen Preisen
 Schriftliches Garantie

Paul Alter
 Uhren u. Goldwaren
 Kupferstraße 17. 4879
 Nähe Schmiedebriicke

Nußbaum-Gaststätte
 Schmiedebrücke 20.

Donnerstag: Schweinschlachten, Wellwurst mit (Heute) Kraut, Schlachtschüssel.
Freitag: Fischkoteletts, Backfische mit Remouladen und Kartoffelsalat.
Sonnabend: Eisbeine.
Sonntag: Frikassé vom Kalb, Ba-kschinken mit warmem Salat.
Montag: Pökelkamm mit Sauerkohl.
Dienstag: Kalbshaxe mit warmem Salat.
Mittwoch: Bratwurst mit Linsen.

Hut-Waecher
 Adalbertstraße 13 und
 Wolfenburger Straße 7
 Aparte Herren-Hüte und -Mützen
 Der Propaganda-Hut schon von **6.50** Mk.
 2. Abteilung Herren-Artikel.

Preuß. Staatslotterie!
 Bedeutend verbesserte Gewinnaussichten durch wesentliche Vermehrung der **Mittelgewinne!**

Ziehung der 1. Klasse 23./252. Lotterie **16. und 17. Oktober!**

Es ist höchste Zeit, da die Lose knapp werden!
 Lose noch zu haben bei den Staatl. Lotterie-Einnehmern

Lorenz v. Waldow
 Frankfurter Straße 21 | Klosterstraße 4
 gegenüber Pauluskirche.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
 Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
 Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Für das Leder bleibt **Nigrin** stets die beste Medizin!



Glatte Lederwaren
 well nur aus reinen
 Tierhäuten hergestellt.

Gewerkschaftsbewegung. Verhandlungen der Spitzenverbände mit dem Reichsarbeitsminister.

Auf Verlangen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften Donnerstag mittig eine Verhandlung der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister statt. Die Gewerkschaften eine klare Stellungnahme des verantwortlichen Ministers durch die „Kommunikation“ des Geschäftsführers der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Meißner an den Ministerialdirektor Dr. Siggler über die Lohn- und Lohngesetzgebung des Reichsarbeitsministeriums.

Abgelehnte Stellung der österreichischen Bundes- angestellten gegen die Regierung.

Wien, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Am 3. Oktober wird unter den Bundesangehörigen eine Urabstimmung durchgeführt, um der reaktionären Regierung den Beweis zu erbringen, daß die Bundesangehörigen zur Durchführung ihrer Forderungen auf Gehaltssteigerung auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, nicht zurückweichen. Die österreichischen Bundesangehörigen haben ihren Zentralverband wegen seiner ungenügenden Unterstützung zum Rücktritt gezwungen und sind der Bewegung angeschlossen.

Vorsicht vor Seifenverkäufern!

Der Deutsche Bauergewerkschaftsverband Schießen, endet uns die Wochenschrift eines Briefes, den eine angelegliche Arbeitervermittlungsstelle in Bilbao verschickt hat und in der die junge Fassadenputzer nach Spanien geschickt werden soll. Die Wochenschrift hat folgenden Wortlaut:

An den Fassadenputzerverein, Breslau!
Wir benötigen zur Ausführung einiger bedeutender Arbeiten verschiedene junge Edelputz- und Steinholzarbeiter und wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn uns die Adressen verschiedener junger Leute aufgeben könnten, die Lust hätten, nach Spanien zu kommen.

Zu Ihrer Orientierung teilen wir Ihnen mit, daß hier die Bezahlung für derartige Spezialisten eine sehr gute ist und wir auch selbstverständlich die Reisekosten dritter Klasse vorübernehmen und bei einjähriger Verpflichtung auch die Kosten der Rückreise. Wir nehmen dabei selbstverständlich an, daß Sie nur Leute interessieren, die wirklich tüchtig sind. Um Zeit zu gewinnen, ist es vielleicht das Beste, wenn die betreffenden Bewerber veranlaßt werden, uns ihre Bewerbungsunterlagen direkt einzuschicken.

Mit bestem Dank im voraus und zu Gegenleistungen stets bereit, zeichnen wir
Sehrachtungsvoll
gez. German Sayeg.

Wir veröffentlichen diese Zuchtschrift gleichzeitig mit der oben genannten Warnung, derartige Angebote unter keinen Umständen anzunehmen. Bereits vor Wochen erschienen in der westdeutschen beruflichen Presse Inserate ähnlicher Art, die Bauarbeiter nach Spanien suchte. Es liegt die Vermutung nahe, daß staatliche Stellen auf diesem Wege Opfer für die spanische Fremdenarbeit suchen. Aber auch wirtschaftlich ist die Sache durchaus unklar, zumal die angelegliche Arbeit — selbst wenn sie wirklich vorhanden wäre — nur für kurze Zeit gedacht ist und etwaige eingegangene dann dort ihrem Schicksal überlassen blieben. Warnen nochmals eindringlich, derartigen Angeboten nachzugehen. Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten.

Generalversammlung des Verbandes der Gärtner. 2. Verhandlungstag.

Am 28. September. Eingang der Montags-Sitzung von Reinhold über den Stand der Rechtsfrage und die rechtliche Vertretung in der Gärtnerei. Seine kritischen Ausführungen sah er in Richtlinien zusammen, einmütige Billigung fanden. Sie fordern die Anwendung der Verordnungen auf die Gärtnerei. Im zukünftigen einheitlichen Arbeitsrecht soll eine fortschrittliche Regelung angestrebt werden. Hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Vertretung wird die in der Reichsverfassung niedergelegte Parität auch in Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsministerien gefordert. Ziel der eigenen Berufsvertretung ist in besonderen Gartenbauvereinen mindestens für die gärtnerisch wichtigsten Bezirke zu erreichen. Mit besonderem Nachdruck wird die im Gesetz vorgesehene für den angestrebten Reichsarbeitsrat geforderte bisige Vertretung der Gärtnerei wieder gefordert.

Ueber Gärtnerei und Schutzlohn sprach Lohmann, der sein Verlangen hinsichtlich sehr gut fundiert hatte. Er betonte die Wichtigkeit der Frage für das Gärtnergewerbe und ihre unvollständigen Folgen für die ganze Konsumwirtschaft. Eine Entscheidung, die sich scharf gegen jede Zollpolitik wandte, wurde einstimmig angenommen.

Nachmittags sprach Busch über den Zusammenschluß der Organisationen, in Verfolg der Beschlüsse des Breslauer Gewerkschaftstages. Die Verhandlungen mit dem D.L.B. hatten ein gutes Resultat geführt. Der Verband der Staats- und Gewerkschaften kam andererseits, trotz der vielen Grenzstreitigkeiten, infolge der Eigenart der Betriebe, nicht in Frage. Die Lebensmittel- und Getränkearbeiter stehen einer Verschmelzung mit den Gärtnern gegenüber. Die Frage der Verschmelzung ist für die Gärtnerei keineswegs brennend, da der Verband, besonders der Zeit der Inflation, seine Lebenskraft bewiesen hat. Wenn die der Verschmelzungsgedanken sich regt, so sei es infolge der Kenntnis, daß nicht nur in organisatorischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht die große Gewerkschaft die schlagkräftigere sei.

Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft, und kam schließlich zum Ausdruck, daß kein prinzipieller Gegner einer Verschmelzung vorhanden war. Das Resultat war eine einstimmig angenommene Entschließung, die sich auf den Boden der Breslauer Resolution stellte und der Verhandlungsleiter Vollmacht zu Verhandlungen mit den in Frage kommenden Verbänden erteilte. Hierauf sprach Reinhold über die Entwicklung des Lehrlings- und Fachbildungswesens. Er forderte eine gründliche Prüfung, sowohl der Lehrverhältnisse als auch der Lehrmeister, und brachte eine Reihe großer Mängel in der Lehrlingsausbildung zum Ausdruck. Nachdrücklich verlangte er die Eindringung des Reichsarbeitsgesetzes über die Ausbildung Jugendlicher, auch bedürftige Fachschulwesen einer fortschrittlichen Regelung. Die Ausschüsse brachten eine Reihe von Beispielen über bestehende Verhältnisse im Lehrlings- und Prüfungswesen. Die Richtlinien Reinholds wurden einstimmig gutgeheißen. Ueber die Lohn- und Tarifbewegungen der letzten Jahre sprach Busch, wobei er feststellte, daß die Zahl der Streikenden in den letzten Jahren abgenommen habe. Eine Steigerung der Löhne sei meist auf dem Verhandlungswege erreicht worden. Nicht

überall, und oft infolge der Ueberarbeit anderer Berufe, konnte der Achtstundentag gehalten werden. Das Streben müsse danach gehen, in diesen Bezirken wieder den alten Zustand herbeizuführen. Die Löhne müssen noch mehr als bisher denen anderer Berufe angepaßt werden, ebenfalls muß der Rost- und Wohnungszwang bekämpft werden.

Gautag des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten.

(Schluß.)

Verhandlungen haben im Berichtsjahre 140, zur gewerkschaftlichen Schulung 168 und sonstige Versammlungen und Sitzungen 400 stattgefunden. Um einen besseren Funktionärkörper heranzubilden, soll mit intensiver Tätigkeit an die Ausbildung der Betriebsräte geschritten werden.

Als nächster Redner erhielt Kollege Hoffmann-Berlin das Wort zu seinem Vortrag. Einleitend geisterte der Vortragende die Stellung des Technikers in der heutigen Wirtschaftswelt. Schon im alten Ägypten wurde dem Techniker die Anerkennung zuteil, die ihm zukommt. Anders ist es heute, kein Wort oder eine Tafel findet den Namen des kühnen Erbauers irgend welcher Bauwerke, das selbe sei auch jetzt wieder bei der Einweihung des Berliner Weltfestes erfolgt.

War früher die Arbeit des Technikers kulturfördernd, so ist sie jetzt zur Kulturschande herabgewürdigt worden. In der heutigen Zeit kann kein Mensch mehr Bestätigung in seiner Arbeit finden; denn sie bringt gerade so viel ein, daß es knapp zum Leben langt, wir müssen das Missetimmungsrecht fordern, damit wir für unsere eigene Arbeit verantwortlich sein können. Es kann und wird dann nicht vorkommen, daß der Erfindergeist des Technikers zum Fluche der Menschheit werden kann; denn der Wille des Technikers ist es nicht, daß seine Arbeit zur Vernichtung der Kultur führen muß, solange wie er mit über sein Erzeugnis bestimmen darf.

Die deutsche Wirtschaft gleicht einem Kranken, um ihn herum steht das Kapital und verachtet mit seinen Methoden gesund zu machen (Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Sozialgesetzgebung und anderes). Wir sind der Meinung, daß nur durch die Vernunft in Verbindung mit der Wissenschaft die kranke deutsche Wirtschaft wieder flott gemacht werden kann. Dazu gehört die 48-Stunden-Woche und ein anständiges Lohn. Im Moment brauchen wir in vielen Industrien keinen Auslandsmarkt, denn ein kranker und nackter Volkstamm braucht sehr viel auf dem eigenen Markte. Beim deutschen Kapital, das sich an der Not des Volkes vom Jahre 1916 bis jetzt gemächt hat, heißt es eben: kleiner Umfag, aber großen Nutzen. Wenn wir als Arbeitnehmer uns das weiter gefallen lassen, dann treiben wir selbst Ruinbau an der Volksgesundheit. Darum müssen wir allen Dünkel von uns fallen lassen und mit dem Arbeitsbruder, der nicht unserem Berufe angehört, Hand in Hand gehen und die freien Gewerkschaften jücken, auf das einst der Sieg unser ist.

In seinem Schlußwort faßt er noch einmal kurz zusammen: Revision der Rechtsverhältnisse für das Geistes- und der Hände Werk, nicht bloß Anerkennung, sondern Mitverantwortung. Um dieses zu erreichen, muß jeder zum Agitator für den Bund werden und dabei mit der gesamten Arbeiterschaft marschieren, nur so können wir unsere Ziele und Wünsche erreichen.

Bei den Wahlen zum Gauvorstand wurde der alte Vorstand wiedergewählt und zwar: Schwerin-Breslau, Lowies-Breslau, Reinde-Waldenburg, Rauch-Reise, Kirch-Mittelschütz. Als Gauleiter wurde Kollege Engelmann neu beauftragt. Die anderen Punkte waren interne Verbandsangelegenheiten. Herausgehoben sei, daß der Bund kurz vor dem Kampfe steht und die Delegierten hierfür die Entschlüsse bei ihren Kollegen einsehen werden, damit der Sieg der ihre ist.

Kollege Högel-Hirschberg vom D.L.B. sprach zum Schluß der Tagung die Hoffnung aus, daß die Konferenz mit dazu beitragen haben möge, das Solidaritätsgefühl zu stärken. Am 27. Oktober wird Kollege Hoffmann in einer öffentlichen Versammlung in Hirschberg über den engeren Zusammenschluß sprechen.

Die Tagung wurde um 5 Uhr nachmittags geschlossen.

Zum Streit der Steinmehnen

wird uns geschrieben: Nachdem sich die Steinmehnen seit 3 Wochen im Streit befinden, lud der Schlichter beide Parteien am 29. September zu einer Einigungsverhandlung. Diese scheiterte, weil die Unternehmer nichts dazu beitragen wollten, den uns aufgezungenen Kampf zu beenden, uns nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Wenn man bedenkt, daß in Breslau die niedrigeren Löhne von allen deutschen Großstädten gezahlt werden, so ist dies geradezu unverständlich. Die Verkaufspreise in den anderen Provinzen sind fast die gleichen wie hier; dagegen sind die Löhne in Breslau bedeutend niedriger. Die Kollegen in der Provinz erhalten zum Teil höhere Löhne als wir; daraus ergibt sich, daß es unmöglich ist, für den uns gebotenen Lohnsatz zu arbeiten. Deshalb muß dieser uns aufgewürgene Wirtschaftskampf ausgesetzt werden, damit auch die hiesigen Steinmehnen zu ihrem Recht kommen. Die Schlichter unserer Berufes ist unbekannt, als daß sie von dieser Stelle einer besonderen Hervorhebung bedarf. Außerdem darf nicht unerwähnt bleiben, daß wir im wahren Sinne des Wortes Saisonarbeiter sind und ein gut Teil infolge der schlechten Lohnverhältnisse bereits seit längerer Zeit in die Provinz abgereist ist. Aus all dem hier angeführten Gründen ersuchen wir, jegliches Arbeitsangebot nach Breslau abzulehnen. Nachmals Kollegen, übt Solidarität!
Die Streikleitung.

Der Streit im Tapezierergewerbe

ist durch Vergleichsverhandlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen beendet. Die Arbeit ist ausgenommen bis auf eine Werkstatt, wo angeblich die Arbeit knapp geworden ist und noch einen Betrieb, wo Kleinmeister sich eingerichtet haben. Eine heftigere Auseinandersetzung für die Moral der Kleinmeister beim allgemeinen Kampf zur Erhebung der Berufsfrage. In diese Umstellung zur „Kassette“ notwendig, durch Streikarbeit sich Verdienste zu schaffen? Es soll hier nicht vergessen werden, das Herz der Kleinmeister sollte sich bei diesen Aufgaben zuwenden. Wer als Kleinmeister nicht sterben kann, dem steht die Existenz als unabhängiger Geschäftsmann offen. Die Gewerkschaft wird diesen Möglichkeiten noch besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Ortsverwaltung

des Sattler-, Tapezierer- und Portierverbands.

Arbeitgeber oder Arbeitnehmer?

Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: Vor längerer Zeit wurden die Hausflächler, welche in Gastwirtschaften schlachten und Wurst machen, zur Gewerbe- und Umfassener herangezogen, jeder Hausflächler wurde unter Strafandrohung gezwungen, kein Gewerbe anzunehmen. Einige Hausflächler, die den Einwohnern erheben daß sie in keinem Gewerbebetrieb haben, fordern Arbeitsangeboten der Gastwirtschaften. Die Ortsverwaltung des Sattler-, Tapezierer- und Portierverbandes.

hier die Hausflächler wieder zu Arbeitnehmern. Kontrollbeamte verlangen von ihnen die Angabe ihrer Arbeitgeber und ihres Arbeitsverdienstes und den Nachweis, daß sie auch die entsprechenden Invalidentaxen zahlen. Im Falle, daß sie sich weigern, ihre Arbeitgeber anzugeben, wird ihnen eine Geldstrafe angedroht.

Die Hausflächler haben darüber in ihrem eigenen Interesse die Invalidentaxen freiwillig fortgesetzt. Es wird aber doch wohl nicht angehen können, daß die eine Behörde, um Steuern und Abgaben zu erlangen, aus einem Steuerpflichtigen einen Arbeitgeber und umgekehrt die andere Behörde daraus wieder einen Arbeitnehmer macht. Die Landesversicherungsanstalt teilt uns mit, daß ein Streitfall herausgegriffen worden ist, um damit die Angelegenheit zu entscheiden. Es wäre zu begrüßen, wenn die Entscheidung so gefällt wird, daß nicht die Möglichkeit besteht, daß das Finanzamt wieder eine andere Entscheidung treffen kann, damit die Hausflächler wissen, was sie für eine Sorte Staatsbürger sind.

Der Polierbund vor Lohnforderungen.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, beschließt der Polierbund, den Arbeitgebern für das Baugewerbe eine Forderung von 5 Prozent Lohnaufschlag einzureichen. Die freien Gewerkschaften, denen die große Mehrzahl der Poliere als Mitglieder angehören, können zu der Angelegenheit erst Stellung nehmen, wenn dieses von der leitenden Stelle als zutreffend geschildert wird.

Das Lohnabkommen für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinlands und Westfalens wurde durch die Arbeitnehmer-Organisation zum 31. Oktober 1925 gekündigt.

Die deutschen Gewerkschaften werden sich an der im Jahre 1926 in Düsseldorf stattfindenden Gesundheitsausstellung mit zahlreichen Modellen und umfangreichen statistischem Material beteiligen.

Die drei tariffähigen Metallarbeiterverbände im Bezirk Essen haben beschlossen, das Lohnabkommen für die Metallindustrie, Nordwestliche Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, zum 31. Oktober zu kündigen.

Wirtschaft.

Für die europäische Einheit!

Europa kann nicht leben, wenn es sich nicht einigt! Es hat erst der ungenügenden Bemühung korbbarer materieller und kultureller Güter bedurft, um dieser Erkenntnis auch im Bürgerium größeren Raum zu schaffen. Und nun häufen sich die Lösungen, mit denen man dem europäischen Giebel zuleide gehen will. Pan-Europa und europäische Zollunion, Vereinigte Staaten von Europa und kontinentale Einigung. Bald sind es die Ideen wirklichen Weltbürgertums, die nach Gestaltung drängen, bald sucht nationale Selbstsucht unter neuen Formen zur Geltung zu kommen. Die Arbeiterklasse, so sehr sie an der Herstellung einer wirksamen Einigung Europas interessiert ist, hat doch alle Ursache, diesen Lösungen gegenüber Vorbehalt zu äußern. So ist auch der Internationale Sozialistensongress nicht einer dieser Formeln gefolgt, sondern er hat gefordert, „daß neben dem Internationalen Arbeitsamt die bestehenden internationalen Organe des Arbeiterbundes in einen wirklichen internationalen Wirtschaftsrat umgewandelt werden, an dem die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen beteiligt sind. Dieser hätte die internationalen Probleme der Produktion und des Verbrauchs zu prüfen, die Wirtschaftsverhältnisse zu überblicken, den internationalen Verkehr und die Transportmöglichkeiten zu erleichtern, eine gerechte Verteilung der Rohstoffe für alle Nationen zu sichern, das Hochpreispolysystem und den wirtschaftlichen Nationalismus zu bekämpfen, sowie die Anpassung oder Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Gesetzgebung herbeizuführen“.

In einer ausgezeichneten, auf überzeugendes Material gestützten Darstellung hat Wladimir Bogdanoff im Septemberheft der „Gesellschaft“ nachgewiesen, worauf das Giebel Europa zurückzuführen ist. Es ist nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika Europa deshalb überholt haben, weil sie über viel größere Naturkräfte verfügen. Was Amerika besitzt, hat auch Europa: mit Ausnahme von Geld und Gold finden sich bei uns alle Elemente für eine ertragreiche landwirtschaftliche und industrielle Betätigung. Es sind zwei andere Faktoren, die Europas weltwirtschaftliche Stellung erschüttern haben. Die eine ist die Balkanisierung Europas. Europa zählt gegenwärtig 450 Millionen Einwohner, die sich auf 36 unabhängige Staaten verteilen. Von diesen Staaten haben zehn eine Bevölkerung von über 10 Millionen, sieben eine solche von 5 bis 10 Millionen und neun eine solche von 1 bis 5 Millionen. Die drei größten europäischen Länder, das europäische Rußland, Deutschland und Großbritannien, umfassen in ihren Grenzen zusammen nicht ganz die Hälfte der europäischen Bevölkerung. In Amerika sehen wir das entgegengesetzte Bild. Die Einwohnerzahl von Süd- und Nordamerika beträgt 250 Millionen, also halb so viel wie die Einwohnerzahl Europas. Davon entfällt mehr als die Hälfte auf einen Staat, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, der Rest auf sechzehn andere Staaten. Das Wesentliche aber ist, daß die Wirtschaft des gesamten Amerika, trotz einzelner Interessensgegensätze, ein organisches Ganzes bildet.

Die andere für Europa so ungünstige Tatsache ist, daß die kolonialen Ausbeutungsmöglichkeiten in den anderen Weltteilen zu Ende gehen. Die Welt ist aufgeteilt, noch mehr die ehemaligen Kolonialländer drängen nach nationaler Selbstständigkeit. Sie schütten die europäische Bevormundung ab, sie machen sich in industrieller Beziehung von Europa unabhängig. Je mehr aber der Waren- und Kapitalexport der europäischen Nationen gehemmt wird, desto härter muß sich der überhöfliche Kampf und Menscheneinsturm an den inneren europäischen Grenzen zeigen. Deswegen muß sich aber auch dieser Ueberhang in Beherrschung und Verelendung wandeln.

Der Krieg und der unglückliche Friedensvertrag haben die Bedingungen für die weitere Entwicklung Europas gravierend verschlechtert. Es ist nicht allein die Industrialisierung ehemaliger großer Weltgebiete, die Europas Anteil am Weltmarkt zurückdrängen. Es ist auch nicht so sehr der Kampf der Rohle durch andere Energiequellen, die das schnelle Aufkommen selbständiger Industrien in anderen Weltteilen ermöglichen und dort den wirtschaftlichen Einfluß Europas verringern. Die hauptsächlichste Ursache für den wirtschaftlichen Niedergang Europas, das muß immer wieder betont werden, ist in seiner Zerteilung zu suchen. Darf man zwei Beispiele: Die österreichisch-ungarische Monarchie, welche bis zum ersten Weltkrieg ein so mächtiges Gebilde war, war doch eine wirtschaftliche Einheit. Jetzt teilen sich darin sechs oder sieben verschiedene Staaten. Letztlich der zweitgrößte der europäischen Staaten, hat unter seinen 1.850.000 Einwohnern nur ein halbes Million Belgier, die wiederum fast alle in einem Staat, das Belgien, leben. Dabei befinden sich noch unter diesem Namen ein halbes Million Polen, Tschechen und Slowaken. Ein Teil der europäischen Bevölkerung ist in einem Staat, das Belgien, das das Giebel, was der Nationalismus hervorgebracht hat, im Jahre 1919 von dem ehemaligen Deutschen Reich abgetrennt und unabhängigem Staat und Staatlicher in Belgien, Tschechien, Polen, Litauen und Lettland umgewandelt worden. Die Welt ist zerfallen in einen und Tausende ungenutzter, ungenutzter Weltteile im Innern und Außen umher, die die Weltwirtschaft

